

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangobahn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Pettzeile koste 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Anserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 3.

Sonntag, den 17. Januar.

1904.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Reaktionäre Quertreibereien.

Zur Sicherung des Koalitionsrechts ist die Schaffung eines Reichsvereinsgesetzes unerlässlich, das polizeilichen Willkürakten in den Einzelstaaten einen Damm setzt und etwaigen Beschwerden einen zielsicheren Weg bietet. Jetzt schaltet und waltet z. B. die sächsische Regierung mit dem sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetz wie es ihr beliebt, ohne daß von Reichs wegen etwas anderes getan werden könnte, als im Wege reichskanzlerischer persönlicher Vorstellungen zur Mäßigung zu ermahnen. Das hilft jedoch nichts, wie die alljährlich im Reichstag immer schärfer geführten Klagen gegen die unerhörte Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes in Sachsen beweisen.

So lange den Einzelstaaten dieses Gebiet der Gesetzgebung überlassen wird, müssen die Zustände immer unheimlicher, für das Reich immer unerquicklicher werden. Die vielgepriesene deutsche Einheit wird durch nichts mehr karikiert, als daß beinahe zwei Duzend Einzelstaaten, darunter eine Reihe Zwergstaaten, nach dem Belieben ihrer staatsweisen Regierungen die öffentliche Ordnung reglementieren dürfen. Bei den verschrobenen Gepflogenheiten, die sich infolge der politischen Unbedeutendheit an kleinen Höfen einnisten, ist nicht daran zu denken, daß ein frischer Zug in das öffentliche Leben von jener Seite gebracht werden könnte. Politische Stagnation ist die Signatur der Kleinstaaterei und nur ausnahmsweise macht sich in einzelnen kleineren Staaten eine vernünftigere Anschauung in den herrschenden Kreisen geltend. Nicht wenig trägt hierzu oftmals noch das Drängen der Sozialdemokratie bei, die unbarmherzig an der alten Polizeiperiode herumreißt und sie zur Zielscheibe des öffentlichen Gespöts macht.

Einzelne kleinere Regierungen ziehen ihre Lehren daraus, andre dagegen sind gegen das Gespött der Welt abgestumpft und verfügen mit einer Selbstherrlichkeit unzeitgemäße Maßnahmen, die nicht nur die Dekadenz der Kleinstaaterei dokumentieren, sondern auch den Geist —ardon! — die Rückbildung höfischer Ansichten föhlich illustrieren. Tritt zu solcher Staatsweisheit noch die Einbildung der Staatsretterei, dann muß es natürlich zu den ungereimten Nebenreihen kommen, die Sachsen zu dem berühmten Musterpolizeistaat machen, dessen Ruhm in unsrer Zeitgeschichte freilich nur ein herostratischer ist.

Diesen kleinstaatlichen Ungereimtheiten — Unstimmigkeiten, würde Freiherr v. Thielmann sagen — kann nur ein Reichsvereinsgesetz in Verbindung mit einer zum Schutz des Koalitionsrechts vorgenommenen Aenderung des § 153 der Gewerbeordnung ein Ende setzen. Deshalb hat die Mehrheit des Reichstags schon mehrfach beschlossen, der Reichskanzler möge dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Leider ist letzteres bis jetzt noch nicht erfolgt.

Alle Register ziehen die Reaktionäre in den Partikularstaaten, um dies zu hintertreiben. Die preußischen Rückschrittler sind darin nicht minder tätig wie die sächsischen, wenn auch beide Gruppen von andern Voraussetzungen ausgehen. Die sächsischen Reaktionäre wachsen um so eiferfüchtiger darüber, daß der sächsischen Gesetzgebung die Polizeioberhoheit über das Vereins- und Versammlungsrecht nicht entzogen werde, als sie sich dem schier unausrottbaren Wahne hingeben, das sächsische Vereinsgesetz und die sächsische Polizeipraxis sei das unfehlbarste Rezept gegen sozialdemokratische, überhaupt modern-fortschrittliche Reformtätigkeit. Außerdem aber wollen sie dem Reiche nicht die Befugnisse einräumen, die sie sich in gesetzgeberischer Wichtigkeit im Landtage noch zu nütze machen. Die preußischen Reaktionäre fürchten dagegen, daß ein Reichsvereinsgesetz in einzelnen Kleinstaat loyal gehandhabt werden könnte und damit der Opposition ein ewiger Anstoß gegeben werde, die preußische oder andre Regierungen, die nicht so loyal verfahren würden, im Reichstage zu attackieren. Natürlich wollen auch sie in frommer Gesinnungsverwandtschaft mit unsern sächsischen Rückschrittlern kein zeitgemäßes Gesetz, sondern preußisch-reaktionär geartete Bestimmungen und Polizeimaßnahmen. Darum wehren sie sich gegen ein Reichsvereinsgesetz.

In dieser Beziehung scheint ihnen jetzt die preußische Regierung entgegen zu kommen, denn es ist eine Revision des preußischen Vereinsgesetzes geplant, die unfürsorglicher Weise sogar von liberalen Blättern als eine Reform bezeichnet wird. Neben einigen Verbesserungen sollen nach sächsischem Muster auch verschlechternde Bestimmungen dem Gesetz eingefügt werden. So soll nach offiziellen Angaben das Verbot der Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen und Versammlungen aufgehoben werden,

auch eine Aenderung der Vorschrift wird angekündigt, wonach die Statuten und Mitgliederlisten der Vereine der Polizeibehörde angezeigt werden müssen, dafür soll die Polizeibehörde das Recht erhalten, Mitgliederlisten und Statuten einzufordern. Dagegen sollen die überwachenden Beamten einer Versammlung die Befugnis erhalten, den Gebrauch der deutschen Sprache für die Verhandlungen zu verlangen, im Weigerungsfalle sie die Versammlung auflösen können. Das „pflichtmäßige Ermessen“ der Behörden soll in solchen Fällen entscheidend sein.

Käme es zu einer derartigen Aenderung, könnte man mit Recht sagen, die sächsische Methode habe Schule gemacht, denn nach dem bekannten Wort des sächsischen Polizeiministers ist die Handhabung sogenannter „dispositiver“ Vorschriften des Vereinsgesetzes dem „diskretionären Ermessen“ der Polizei anheimgegeben. Es ist klar, daß wenn die Polizei bezüglich einigen Bestimmungen des Gesetzes freie Hand erhält, sich das diskretionäre Ermessen sehr bald auf das ganze Gesetz erstreckt, wie es tatsächlich in Sachsen der Fall ist. Der Vorstoß der Reaktionäre nach dieser Richtung ist also nicht zu unterschätzen.

Was aber das wichtigste bei dieser Angelegenheit ist: Die Reaktionäre treten mit einer scheinbaren Reform des Gesetzes hervor, um das Zustandekommen eines Reichsvereinsgesetzes zu verhindern. Beseitigen sie im preußischen Vereinsgesetz einige veraltete und unhaltbare Bestimmungen, dann werden sie eine organische Reform der Vereinsgesetze aller Staaten für nicht notwendig erklären. Die Verschleppung eines Reichsvereinsgesetzes scheint das Ziel dieser Gesetzesrevision zu sein.

Dieser Gedanke muß sich jedem aufzwingen, wenn er in Betracht zieht, daß die preußische Regierung, die doch an der Spitze des Bundesrats steht, diese offiziellen Mitteilungen verbreiten läßt und damit ihr Einverständnis zu einer derartigen Gesetzesänderung bekundet. Zweifelsohne versteht sich die preußische Regierung, deren Ministerpräsident der Reichskanzler ist, zu keiner solchen Arbeit, wenn der Reichskanzler resp. die Reichsregierung die Absicht hätte, dem Reichstag entsprechend seinen Beschlüssen einen Gesetzentwurf zu einem Reichsvereinsgesetz vorzulegen. Die Revision des preußischen Vereinsgesetzes ist demnach als eine Abgabe an den Reichstag aufzufassen, nach der die Regierung nicht daran denkt, dem Beschlusse des Reichstags zu entsprechen.

Die Mehrheit resp. die Parteien des Reichstags werden gegen diese erfolgreichen Quertreibereien der Reaktionäre Stellung nehmen müssen, denn die wirtschaftlichen Kämpfe der neuesten Zeit drängen mit zwingender Notwendigkeit auf den Schutz des Koalitionsrechts hin, das durch reaktionäre Vereinsgesetze nicht verümmert werden darf.

Die Arbeiter und die Zukunft.

Ganz anders als Graf Bülow und der von ihm in seinen jüngsten Reichstagsreden gelobte verstorbene Philosoph und Soziolog Spencer, urteilt über den Sozialismus und dessen Zukunft der englische Naturforscher Wallace, der am 8. Januar gerade 81 Jahre alt geworden ist.

Wallace hat sich unsterbliche Verdienste um die Naturwissenschaft erworben. Seine Forschungen im Ufergebiet des Amazonasstroms und des Kionegro in Brasilien, seine mit seltener Ausdauer acht Jahre lang fortgesetzte Durchforschung des malaiischen Archipels und Neu-Guineas sind von grundlegender Bedeutung gewesen und in mehreren Sprachen erschienen.

Während des Aufenthalts Wallaces auf den malaiischen Inselgruppen und unbekannt mit Darwins gleichen Forschungsergebnissen gelangte er zur Ueberzeugung von der Richtigkeit der Evolutionstheorie, also der Lehre, daß die einzelnen Gattungen, Klassen und Familien der pflanzlichen und tierischen Lebewesen nicht erschaffen worden sind, sondern daß sie sich, eine aus der andern, nach und nach und auf Grund bestimmter Naturgesetze entwickelt haben. Seine Abhandlung darüber erschien 1858 fast gleichzeitig mit Darwins bahnbrechender Schrift über die Entstehung der Arten und die natürliche Zuchtwahl.

An diesen berühmten, durch seinen unbestechlichen Gradfenn vor vielen andern Gelehrten ausgezeichneten Mann richtete nun vor mehreren Wochen der Berliner Lokalanzeiger, ein echtes Bedientenseelen-Blatt, die Bitte, er möge in einem kurzen Aufsatz seine Hoffnungen und Wünsche für das nächste Jahr niederlegen. Wallace kam der Aufforderung nach, aber während die Auslassungen zahlreicher anderer „Berühmtheiten“, an die das Berliner Blatt sich gleichfalls gewendet hatte und die in ihrer Antwort den Befähigungsnachweis im Süßholzraspeln er-

brachten, zum Abdruck gelangten, wurde die von Wallace verfaßte Einwendung unterschlagen. Warum? Das werden die Leser aus dem Inhalt der Einwendung erkennen, die Wallace, um sich für die Zurückweisung vom Berliner Lokalanzeiger zu revanchieren, in der Neujahrsnummer der Londoner Wochenschrift Clarion veröffentlichte. Sein Aufsatz lautete:

Aussichten und Hoffnungen auf die nächste Zukunft.

Ich erwarte keine großen politischen und sozialen Aenderungen vom nächsten Jahre, wohl aber hoffe und glaube ich, daß die große Bewegung unter den Arbeitern zugunsten einer vernünftigeren und gerechteren Regierungsweise und sozialen Organisation weiter wachsen wird, wie sie in den letzten Jahren gewachsen ist. Ich hoffe, daß in den fortgeschrittenen Ländern, besonders in Deutschland und Frankreich, die Arbeiterbewegung hinreichend machtvoll werden wird, um der Reaktion Trotz zu bieten, und auch imstande zu sein, eine Gesetzgebung einzuleiten und vielleicht durchzusetzen, um die persönliche Freiheit auszudehnen und den militärischen Ausgaben Einhalt zu gebieten. Ich glaube, daß diese Bewegung bestimmt ist, im zwanzigsten Jahrhundert große und wohlthuende Resultate zu erzielen. Die Ereignisse der letzten Jahre mußten alle fortgeschrittenen Denker überzeugen, daß es vergeblich ist, von den gegenwärtigen Regierungen der großen zivilisierten Länder irgendwelche Verbesserung zu erwarten; ihre militärischen und bürokratischen Organisationen sind eine Gefahr für die Freiheit, für die nationale Sittlichkeit und für allen wirklichen Fortschritt zu einer vernünftigen sozialen Entwicklung. Diese Organisationen sind es, die uns in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts Beispiele von Heuchelei und Verbrechen gegen Freiheit, Menschlichkeit und Christentum boten, die fast ohnegleichen in der modernen Geschichte dastehen. Kaum war die Tinte an den Akten der Haager Konferenz trocken . . . als die Unterzeichner dieser Akte sich auf die schwächeren Völker warfen, ohne jede vernünftige Ursache, und oft im Gegensatz zu ihren Verfassungen und feierlichen Versprechen ihrer Vertreter. England überzog Südafrika mit Feuer und Schwert und nahm den Republikanern ihre Unabhängigkeit, die es ihnen garantiert hatte, — ein Verbrechen, das noch durch die Heuchelei erschwert wird, womit es begangen wurde . . . Die Vereinigten Staaten von Amerika haben — im Gegensatz zu ihrer Verfassung — in einem blutigen Kriege die um Unabhängigkeit ringenden Philippinen niedergeworfen. Rußland, das die Haager Konferenz einberief, verfolgte unmittelbar darauf die Juden und die Dschiborzen wegen ihrer Religion und nahm den Finnen, die an wirklicher Zivilisation viel höher stehen als die Russen, die ihnen garantierten Freiheiten. Diese drei Regierungen, wie auch Deutschland und Frankreich, überfielen China und übten dort Barbareien und Schlächtereien aus, die sie auf ewig in der Geschichte degradieren werden.

Dies sind die Taten der offiziellen und militärischen Herrscher der Nationen, die den Anspruch machen, an der Spitze der Zivilisation und Religion zu stehen! Und sie zeigen Spur von Besserung!

Aber zum erstenmal in der Weltgeschichte haben die Arbeiter — die Quelle alles Reichtums und aller Zivilisation — die Gelegenheit, sich zu bilden und zu organisieren, um eine Stimme in der municipalen und nationalen Regierung zu erhalten. Sobald sie sich ihrer Macht bewußt werden und zur Einigkeit über ihre Ziele gelangen, wird der Anbruch einer neuen Aera beginnen.

Vor allem müßten sie danach trachten, durch Einigkeit in ihren Handlungen stark zu werden, dann den Militarismus zu schwächen, um ihn schließlich zu beseitigen. Das zweite Ziel sollte sein, die Bürokraten zu beschränken und sie in Diener des Volks zu verwandeln. Drittens, die Vereinfachung des Rechtswesens. Viertens, das größte aller Ziele: die Organisation der Arbeit, die Beseitigung des Erbrechts und die Herstellung gleicher Arbeitsgelegenheit für alle. Die Ausführung dieser Ziele wird erst den wahren Individualismus herstellen, der unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich ist. . . . Zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte sind die Arbeiter bestrebt, der internationalen Verheerung ein Ende zu machen; die Völker aller Länder werden Brüder und würdigen die Tugenden, die jedem von ihnen angeboren sind. . . .

Das Volk ist immer besser als seine Herrscher. Aber die Herrscher haben die Macht, den Reichtum, die Tradition und die unerfättliche Gier nach Eroberung und Beherrschung anderer Menschen gegen deren Willen. Es bleibt also nur das Volk, von dem die Zukunft der Menschheit abhängt. Alfred R. Wallace.

Dies sind die Ansichten eines der bedeutendsten Gelehrten unserer Zeit. Es war ihre Begeisterung für die Arbeiterbewegung und die Demokratie, die das Scherfkonfortium in bewußter Besorgnis um den Klassenstaat, den die „unparteiische Presse“ hütet, verhinderte, sie zu veröffentlichen. Wallace fandte sie der Londoner Wochenchrift Clarion, die sie abdruckte. Die Betrachtungen, die das Blatt daran knüpft, können wir unter der derzeitigen deutschen „Freiheit“ nicht wiedergeben.

Rundschau.

„Was uns jetzt in der Sozialpolitik not tut.“ — darüber spricht C. Francke sich in der Sozialen Praxis aus. Er will aus „unansehnlicher Quelle“ erfahren haben, daß die „Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“ seit einigen Monaten amtlich geprüft werde. Francke führt dazu aus:

„Wichen die verbündeten Regierungen bis jetzt der Frage der Berufsvereine aus, so haben sie beim Koalitionsrecht der Arbeiter geradezu der Reaktion, mittelbar oder direkt, Dienste geleistet. Man denke: am 10. Februar 1866 legte die preußische Regierung dem Landtag einen Gesetzesentwurf vor, der die Aufhebung des Koalitionsverbots für alle Arbeiter ohne Ausnahme forderte; 1869 wurde dann wenigstens allen gewerblichen Arbeitern in gleichem Maße wie den Arbeitgebern dies Recht durch Reichsgesetz verliehen. Und jetzt, ein Menschenalter später, ist der tatsächliche Zustand, daß zwar die Arbeitgeber, denen außerdem staatlich geordnete Interessenvertretungen zur Seite stehen; die vollste Freiheit der Vereinigung für alle ihre Bestrebungen genießen, den Arbeitern aber der Gebrauch dieses ihres wichtigsten Rechts durch tausend Fallstricke und Fesseln behindert wird. Die nach dem Reichsgesetz zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffenen Organisationen unterliegen den landesgesetzlichen Beschränkungen für politische Vereine und sind so gerade in den größten Staaten den ärgerlichsten Verboten ausgesetzt. Die Erkenntnisse der höchsten Gerichte messen dem Eingreifen der Verwaltungsbehörden weitesten Spielraum zu. Findige Staatsanwälte holen die Damenjahrauben der Nötigungs- und Erpressungsparagrafen gegen die Berufsvereine hervor. Der Mißbrauch des Koalitionsrechts wird bei den Arbeitern drakonisch bestraft, bei den Arbeitgebern bleibt die Verhinderung am rechtmäßigen Gebrauch dieses Rechts straflos.“

Als Mindestmaß der Reformen, die auf diesem Gebiete unverzüglich ins Werk gesetzt werden müssen, macht Francke folgende Vorschläge:

„Rechtsfähigkeit der Berufsvereine mit dem Korrelat ihrer Verantwortlichkeit, aber ohne Errichtung von Stachelzäunen gegen die freie Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen. Ausbau des Koalitionsrechts im Sinne der Ausdehnung auf weitere Arbeiterkreise, der Verhinderung einschränkender Auslegung durch Gericht und Verwaltung, sowie der Beseitigung der rechtlichen und tatsächlichen Ungleichheit der Arbeitgeber- und Arbeiterkoalitionen. Reichsgesetz, daß Berufsvereine in Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder den landesgesetzlichen Vorschriften über politische Vereine auch dann nicht unterliegen, wenn sie allgemeine Verhältnisse behandeln und Forderungen in der Gesetzgebung und Verwaltung herbeiführen wollen. Daneben Revision der landesgesetzlichen Vereinsvorschriften in dem oben angedeuteten Sinne. Endlich ein entschlossenes Vorgehen zur Errichtung von Arbeitskammern; es soll doch zum mindesten öffentlich und amtlich erklärt werden, die Regierung trete jetzt an die Ausführung des Planes heran und suche nach den zweckmäßigsten Formen dafür. Daß die Angelegenheit nicht wieder einschläft, dafür wird die Wachsamkeit des Reichstags und der öffentlichen Meinung sorgen.“

Die gewerkschaftlichen Interessen im neuen Reichstag bilden, so schreibt der Fachgenosse, wenn sie alle aufgezählt würden, ein reichhaltiges Programm und sie liegen auf dem Gebiete der Selbsthilfe wie der Staatshilfe. Bei der Selbsthilfe handelt es sich vor allem um die Beseitigung aller der reaktionären gesetzlichen Hindernisse, die der Arbeiterbewegung noch immer im Wege stehen und ihre Freiheit beeinträchtigen, und darum fordern wir die Schaffung eines freien Koalitionsrechtes, eines freien Vereins- und Versammlungsrechtes für die Arbeiter. Die bestehenden Schranken, die durch nichts gerechtfertigt sind, in den Händen einer parteiischen, stets auf der Seite des Unternehmertums, der Besizenden überhaupt, stehenden Polizei, zu Sandhaben für Schikanierungen, Drangsalierungen und Verfolgungen der Arbeiter benutzt werden, müssen fallen; wir wollen tatsächlich mit den Unternehmern, die heute alles tun und lassen können, was sie wollen, als Staatsbürger gleichberechtigt sein und fordern wir für uns die gleiche Freiheit, deren sich die besitzende Klasse heute schon in vollstem Maße zu erfreuen hat. Auf dem Gebiet der Staatshilfe fordern wir vor allem den ernstlichen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere den Zehnstundentag für alle Arbeiter. Sodann aber fordern die Arbeiter auf dem weiten Gebiet der Sozialpolitik Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen und nicht minder stellen sie die Forderung auf dem Gebiet der formalen Politik um Vermehrung ihrer Rechte, damit sie den ihnen im Staate gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung verlangen können. Nicht zuletzt fordern die Arbeiter den Abschluß günstiger neuer Handelsverträge, eventuell Verlängerung der bestehenden Handelsverträge auf ein weiteres Jahrzehnt.

Die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung in Deutschland. In der Arbeiterstimme, dem schweizerischen Gewerkschaftsorgan schreibt S. R., daß Deutschland mit der Trilogie seiner Versicherungs-Gesetzgebung zwar allen andern Staaten überlegen sei, daß aber in den letzten Jahren ein gewisser Stillstand eingetreten ist.

„Zwar hat das Jahr 1903“, so schreibt er, „eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz gebracht, die am 1. Januar 1904 in Kraft getreten ist und einige kleine Fortschritte darstellt, die von der Regierung versprochene organische Reform ist sie nicht. Ihre Aufgabe muß es sein, die Versicherung auf die Dienstboten und die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter auszudehnen, die Verhältnisse zwischen Krankenkassen, Ärzten und Apothekern zu regeln und eine Vereinheitlichung der drei Versicherungszweige anzustreben. Die Hinterbliebenenfürsorge hat nach der Annahme des Antrags Trimborn, der einen

Teil der zu erwartenden Einnahmen aus dem neuen Zolltarif zur Ansammlung eines Fonds bestimmt, aus dem vom Jahre 1910 ab die Mittel zur Einführung dieser Versicherung genommen werden sollen, eine weitere Förderung nicht erfahren. Auch die Arbeitslosenversicherung hat positive Fortschritte seit der Reichstagsresolution im Januar v. J., welche die Prüfung dieser Frage durch eine Kommission verlangte, kaum mehr gemacht. Die Regierung hat in Ausführung des Reichstagsbeschlusses das Kaiserliche Statistische Amt mit der Sammlung des einschlägigen Materials betraut und der Arbeitsbeirat im November v. J. einem hierfür aufgestellten Plan zugestimmt.

Das Stimmrecht der Frauen in Norwegen. Die neueren Bestrebungen der Frauen, sich ein geschlechtes Recht zur aktiven Teilnahme an der Politik der Kommune und des Staates zu erwerben, waren bisher in keinem Lande so erfolgreich wie in Norwegen. Seit einigen Jahren besaßen die norwegischen Frauen das kommunale Wahlrecht, und schon war ihnen die Aussicht auf das politische Wahlrecht nahegerückt, als diese plötzlich wegfiel. Eine bezügliche Vorlage wurde jüngst verworfen. Die Begründung dieses Beschlusses hebt hervor, daß die Forderung nach politischem Wahlrecht für die Frauen unter den Stimmberechtigten noch nicht eine derartige Unterstützung gefunden hat, daß die Zeit für eine solche Erweiterung des Stimmrechtes gekommen erachtet werden könne. Des weiteren meint man, bezüglich der Wirkungen des kommunalen Stimmrechtes der Frauen noch zu wenig Erfahrungen gewonnen zu haben.

Gewerkschaftliches.

Der niederländische Zigarrenmacher- und Tabakarbeiter-Berband, der seinen von 52 Abteilungen besetzten Zweijahreskongress zu Amsterdam abhielt, hat durch den Generalstreik etwa 100 Mitglieder verloren, trotzdem ist die Mitgliederzahl seit dem Jahre 1901 um 300 gestiegen und zwar auf 2500. Im Jahre 1902 wurden 14 000 Gulden für Streiks und Maßregelungen ausgegeben, 1903 50 000 Gulden, eine Steigerung, die durch den Generalstreik hervorgerufen wurde. Von mehreren Abteilungen waren Anträge gestellt, wonach Streiks nicht mehr der Genehmigung des Hauptvorstands bedürfen sollten, wurden aber mit 67 gegen 15 Stimmen abgelehnt, wodurch sich der Kongress gegen die von andern holländischen Gewerkschaften gerühmten spontanen Streiks aussprach. Ein Antrag auf Anschluß an das Nationale Arbeiterssekretariat wurde mit 46 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Der württembergische Gewerkschaftskongress. In Stuttgart tagte die 10. Jahreskonferenz der Vertrauenspersonen für die Gewerbeinspektion und der Kartellvertreter Württembergs. Ursprünglich nur als ein Forum für Beschwerden und Wünsche an die Gewerbeinspektion gedacht, ist diese Institution im Laufe der Jahre weit über den ursprünglichen Rahmen hinaus gewachsen und hat so durch die offizielle Teilnahme der Vorstände der württembergischen Gewerbeinspektion sehr an Bedeutung gewonnen. Auch diesmal waren wieder die württembergischen Gewerbeinspektoren: die Bauräte Berner, Hochstetter und Gardegg, sowie die Assistentin Frau Gruner anwesend. An das Referat des Gewerkschaftssekretärs Näther über die Gewerbeinspektion im abgelaufenen Jahre knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Näther hatte darauf hingewiesen, daß im zweiten Inspektionsbezirk sich Differenzen zwischen den Arbeitern und dem Gewerbeinspektor Hochstetter ergeben haben, und ein Delegierter hatte sich insbesondere darüber beklagt, daß Baurat Hochstetter Streikinformatoren bei der Polizei eingezogen habe. Der angegriffene Gewerbeinspektor verteidigte sich gegen die Angriffe und erklärte, daß er zur Einholung von Streikinformatoren bei der Polizei amtlich verpflichtet sei. Nach ihm ergriff Gewerbeinspektor Gardegg das Wort, um auszuführen, daß bezüglich der Streikinformatoren in erster Linie Unternehmer und Arbeiter in Betracht kommen müssen. Im übrigen beruhe die Einholung einer Information bei der Polizeibehörde auf einer Reichsvorschrift, aber nur für statistische Zwecke. Zu Informationen über den Streik selbst würde er die Polizeibehörde nie in Anspruch nehmen. Diese Ausführung des Herrn Gewerbeinspektors wirkt ein interessantes Licht auf die amtliche Streikstatistik, für welche bekanntlich die Informationen wesentlich von den Polizeibehörden bezogen werden.

Alle drei Gewerbeinspektoren wiesen in der Diskussion auf die großen Schwierigkeiten hin, die ihnen von manchen Unternehmern in den Weg gelegt werden, und Gewerbeinspektor Gardegg betonte die Wichtigkeit eines besseren Ausbaues der Vertrauensmänner-Organisation. Landtagsabgeordneter Keil befürwortete eine Resolution, die eine Verstärkung des völlig unzulänglichen Personals der Gewerbeinspektion verlangt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Sodann referierte Fuß über die kürzlich erfolgte Hinzuziehung von Arbeitervertretern als Beisitzer zur Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Eine von ihm beantragte Resolution, die darin bloß eine farge Abschlagszahlung auf die Forderung nach Arbeiterkammern erblickt und deren landesgesetzliche Einführung fordert, wurde einstimmig angenommen.

Gewerkschaftssekretär Näther gab zum Schluß noch einen Bericht über den „Stand der gewerkschaftlichen Organisation in Württemberg“. Nach demselben bestehen in Württemberg 280 Verwaltungsstellen der Verbände, welche der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen sind, mit einer Mitgliederzahl von rund 22 000. Vorhanden sind 23 Gewerkschaftskartelle mit 17 390 Mitgliedern. Von den übrigen Organisationen haben, soweit festzustellen war, die Hirsch-Dumckerischen 2000 Mitglieder und die christlichen Gewerkschaften zusammen etwa 1500 Mitglieder. Ohne Zweifel trägt die intime Fühlungnahme zwischen Gewerbeinspektion und Arbeiterschaft, wie sie auf diesen Konferenzen erfolgt, viel dazu bei, das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Gewerbeinspektion zu heben und diese zu befruchten.

Der Crimmitschauer Kampf um den Zehnstundentag dauert fort. Die Polizei geht wieder schärfer gegen Streikposten vor.

Das Streikpostenstehen ist in Crimmitschau keine Kleinigkeit. Auf der Straße ist es überhaupt verboten

wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Da eine Straßenpolizei-Verordnung naturgemäß sich aber nur auf diese, nicht jedoch auf das Innere der Häuser erstrecken kann, helfen sich die Ausgesperrten vielfach dadurch, daß sie in den Haustüren Posten faßten. Die Sache war unbequem, manchmal auch gefährlich. Der Streikposten hatte nämlich einerseits sein Augenmerk auf die von ihm beobachtete Fabrik zu richten, andererseits aber mußte er ständig seine große Zehe beobachten. Ragte diese etwa einen Millimeter aus dem Hausflur hinaus, so war sofort die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet. Der Gendarm nahm den Unglücklichen beim Schlafittchen und der Aermste gab neues Material für einen Terrorismusfall und zu einer Bußwrede.

Neuerdings scheint aber auch die strenge Selbstbeaufsichtigung der großen Zehe nicht mehr eine genügende Garantie für die Sicherheit von Crimmitschau zu sein. Man weist die Streikposten einfach von der Haustüre fort. Einem Arbeiter wollte es nicht einleuchten, daß dies mit Recht geschehe. Er beschwerte sich. Aber siehe da, er erhielt folgenden Bescheid:

Zwickau, den 23. Dezember 1903.

Auf Ihre bei dem Stadtrat zu Crimmitschau untern 3. d. M. angebrachte Beschwerde gegen die dort zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stationierte Gendarmerie wegen Ihrer Wegweisung aus dem Grundstücke der Gastwirtin Meyer in der Hauptstraße zu Crimmitschau, wo Sie als Streikposten gestanden haben, wird Ihnen hiernach nach Erörterung der Sachlage eröffnet, daß die königl. Amtshauptmannschaft keine Veranlassung gefunden hat, auf die Beschwerde etwas zu Ihren Gunsten zu verfügen. Denn der in Frage kommende Gendarm konnte nicht wissen, ob es sich um einen Streikposten handelte, zumal er bei der herrschenden Dunkelheit Ihre Person nicht erkennen konnte. Ueberdies mußte ihm Ihre Person schon verdächtig erscheinen, da Sie sich zu einer Zeit aufgestellt hatten, zu der die Bewohner des Hauses anscheinend noch schliefen.

Es war sonach seine Pflicht, Sie aus dem Grundstück wegzuweisen.

Königl. Amtshauptmannschaft,
J. A.: D. Seipharth.

Berichte.

Lüdensdorf. Am 7. Januar, vormittags, wurden wir sechs Tabakarbeiter der Firma Oswald Tempel auf einen Auszug im Arbeitsraum, auf dem folgende Bekanntmachung zu lesen war, aufmerksam:

Bekanntmachung.

Da infolge drückender Geschäftslage und allzugroßer Konkurrenz die Preise auf alle Waren heruntergedrückt werden und dagegen den Arbeitgebern stets neue Lasten zugunsten der Arbeiter aufgeschult werden, sehe ich mich vom 1. Januar 1904 ab genötigt, folgende Lohnsätze nur noch gewähren zu können; da ich bis jetzt und auch nachher noch die besten Löhne der Oberlausitz zahle! Um jedoch keinen Druck auszuüben, erwähne ich noch, daß, wer nicht damit einverstanden ist, jeden Augenblick seine Arbeit verlassen kann.

Es sollte dann die Lohnabelle, welche einen Lohnabzug auf alle Sorten (für Zigarren mit Widel) von 30 bis 60 Pf. per Mille aufwies, darunter war noch folgendes bemerkt:

NB. Ich feilsche nicht gerne, aber die Verhältnisse gestatten es nicht anders, vielleicht können wir wieder bald voll arbeiten.

Hierzu sei folgendes bemerkt: Herr Tempel trat 4 Wochen vor Weihnachten, als er von der Geschäftsreise zurückkam, schon einmal mit einem Lohnabzug an uns heran; es wurde aber in dieser Sache eine Einigung dahin erzielt, daß wir nur 5 Tage arbeiteten, aber auch nicht mehr als 2500 Zigarren liefern durften. Herr Tempel schickte damals wie jetzt schlechten Geschäftsgang vor. Dies war Sonnabends. Am Montag und folgende Tage konnten wir sehen, daß der ganze Vorrat an Zigarren fast verpackt wurde.

Es ist also natürlich, daß wir zufolge der Bekanntmachung, daß uns der Lohn gekürzt werden sollte, sofort sämtlich die Arbeit niederlegten.

Zu unterstützen sind vier Verbandsmitglieder und zwei Nicht-Verbandsmitglieder.

J. A.: C. Kallert.

Nachschrift. Die Einigungsversuche mit Herrn Tempel sind bis jetzt resultatlos verlaufen, da der Meister Hermann Wünsche, ein Nichtverbandsmitglied, uns bei Herrn Tempel angeschwärzt hat, indem er demselben alles wiedererzählte, was wir infolge der Lohnreduktion miteinander gesprochen haben. Uns gegenüber sagte er, wir wären ganz im Recht, aber er ließe sich nicht in diese Sache ein. Auch mutete uns Herr Tempel plötzlich für etliche Sorten, über die wir uns schon geeinigt hatten, einen abermaligen Abzug zu! Als wir nun am Montag nochmals mit ihm sprechen wollten, erklärte er dreien von uns vier Mitgliedern, sie seien entlassen. Das vierte Mitglied erklärte, daß es unter diesen Umständen nicht weiter arbeite und erhielt gleichfalls seine Entlassung. Die Frau Tempel erklärte zwei Mitgliedern gegenüber, wir hätten unsre Entlassung nur Hermann Wünsche zu verdanken. Hermann Wünsche war früher selbst Mitglied des Tabakarbeiter-Verbandes. Als aber früher einmal Herr Tempel mit einer Lohnreduktion uns entgegentrat, da erklärte Wünsche, er träte aus dem Verband aus und er arbeite lieber billiger, als daß er von hier fortmache! Nun, wertere Kollegen, unterstützt uns in unsrer gerechten Sache und seht mit darauf, daß der Zug nach hier fernbleibt.

Schönwante. Nach dem Streik bei der Firma A. Witt u. Söhne sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieselbe nicht innegehalten hat, was sie mit der Kommission und in Gegenwart des Vertrauensmanns Paul aus Rosen versprochen hat. Erstens hatte sich dieselbe bereit erklärt, die normale Behandlung eintreten zu lassen, sowie keine Ausperrung der Streikenden vorzunehmen. Sie ist aber nach kurzer Zeit rückfällig geworden. Von dem Kollegen Kory war eine Tochter im Alter von 14 Jahren als Abriperin beschäftigt. Da kam es vor, daß dieselbe von den Widelmachern ausgelacht wurde; in der Aufregung sagte sie: Mich braucht keiner auszulachen, sie könnten lieber die Nase in die Widel stecken. Diese Worte wurden von einer Deckblattausseherin dem Fabrikanten unterbreitet. Derselbe kam aufgeregt in die Fabrik und äußerte die Worte: Du schnobdrige Magelle, wie kannst Du Dir solche Äußerung erlauben, Du wärst wert, daß ich Dir in die Fresse schlage oder ich nehme Dich an den Beinen und schlage Dich. Das war noch nicht genügend, er drehte sich um und meinte, ich nehme die Kohlenstaube und schlag sie Dir gegen den Kopf und Du darfst mir meine Fabrik nicht mehr betreten. Nach dieser Äußerung war der Vater der Kinder gezwungen, dieselben aus der Fabrik zu nehmen. Diese Behandlung kam nicht allein bei den Kindern, sondern auch gegen sämtliche Arbeiter vor. Auch muß ich bemerken, daß die Firma stets bestrebt war, nur irgend einen Grund zu finden, die Familie Kory zu entlassen. Derselbe Fabrikant erklärte schon zu den Bürgern in der Stadt, es dauere so lange, wie es will, die Familie Kory liegt noch raus, und zwar im Winter. Die Firma lieferte den Zigarrenarbeitern ein Deckblatt, das die Zahl von 700 auf 400 bis 500 zurückging. Am 28. Dezember kam der Chef, welcher selbst die Arbeit anschiebt, mit der Frage bei Kory II.

Bspiel haben Sie gemacht? Auf die Antwort 300, fragte er, weshalb haben Sie so wenig gemacht. Die Erwiderung lautete: Wenn ich den ganzen Tag schneiden und stücken muß, kann ich nicht mehr fertig bringen. Diese Worte waren dem Chef zuwider und er meinte, wie können Sie sich erlauben, meinen Tabak schlecht zu machen, Sie scheinen überhaupt von Tabak keine Ahnung zu haben. Sie sind ein ganz schnoddriger Bengel in meinen Augen. Gleichzeitig wurde Kory II gekündigt, und die Worte dabei gebraucht: Sie waren mir schon längst ein Dorn im Auge und wenn Sie gleich aufhören, gebe ich noch 10 Mk. in die Vergütungskasse. Mit diesen Worten verließ derselbe die Fabrik und ging nach dem Kontor öffnete ein Fenster, welches zu den Wickelmacherraum geht und sagte: Ich werde dafür sorgen, daß sie in Schönlanke keine Arbeit mehr bekommen. Die Eltern des Sohnes waren aber in der Meinung, daß der Sohn allein gekündigt wurde. Sie täuschten sich aber, am Sonnabend bei der Lohnzahlung wurde Vater und Mutter ebenfalls gekündigt. Trotdem waren sie der Meinung, in Schönlanke Arbeit zu erhalten, aber auf Anfragen bei sämtlichen Fabrikanten wurden dieselben mit kurzen Worten, für sie sei keine Arbeit da, abgewiesen.

Die Bevollmächtigten bzw. Kollegen der einzelnen Zahlstellen werden gebeten, die noch rückständigen Beträge für aufgenommene Inserate umgehend an uns abzuführen.
Die Expedition,
Leipzig, Langhauer Straße 19/21.

Vereinstell.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftsfokal: Hamburg-Abtenhorst, Mozartstr. 5, I.
Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., kurze Straße 3, Schiedsgericht: Karl Kraßig, Dresden, Schanzengr. 3, II.

Eingegangen: Labenburg 50 Mk., Kellinghusen 60 Mk.
Zuschüsse: Goslar 50 Mk., Carlsbafen 50 Mk., Mioslaw 50 Mk., Langwedel 100 Mk., Halberstadt 100 Mk., Gnanau 50 Mk., Breslau 200 Mk., Krankengelder: 91.25 Mk.
Hamburg, den 11. Januar 1904. **S. Otto.**

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:
In **Frankenberg i. S.:** Beim 2. Bev. Johann Finke. An jedem Tage von 12—1 Uhr mittags.
Erkrankte Mitglieder haben sich sofort beim 1. Bevollmächtigten Kuntel zu melden.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.
Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an **W. Nieder-Welland, Bremen, Marktstraße 18, II.**
Für den Aufsicht bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II.,** zu adressieren.

Bekanntmachung.
In Erledigung verschiedener Anfragen bezüglich der Wöchnerinnen-Unterstützung machen wir darauf aufmerksam, daß nur solche Wöchnerinnen Unterstützung erhalten, welche vom 1. Januar 1904 ab entbunden werden.
Wenn die Entbindung vor diesem Zeitpunkt stattfand, wird also nichts gezahlt.

Rob. Erfurt aus Breslau, Buch Ser. III, 19055, hat 70 Pfg. Reiseunterstützung zuviel erhalten. Die Bevollmächtigten wollen diesen Betrag in Abzug bringen und mit entsprechendem Vermerk in Abrechnung stellen.

Das Buch Ser. III, 21927, auf den Namen **Herm. Bausch** lautend, ist uns möglichst umgehend zwecks Kontrolle einzuliefern.

Friedrich Paborn aus Adlm, Buch Ser. III, 18709, ist ohne Abmeldung von Minden abgereist; derselbe hat 1 Mk. Strafe zu zahlen. Paborn ist noch nicht vollberechtigt.

Wilh. Büsing aus Enger, Buch Ser. III, 24983, ist ohne Abmeldung aus Hildesheim abgereist. Derselbe muß 1 Mk. Strafe zahlen und darf keine Reiseunterstützung erhalten.

Da sich bezüglich des Hinweises, daß die alten Quittungsformulare im neuen Jahr keine Verwendung finden sollen, Mißverständnisse geltend machen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß außer den Formularen für Wöchnerinnen-Unterstützung keine neuen Formulare versandt werden. Es handelt sich nur darum, daß vom 1. Januar ab für jeden Unterstützungs-Empfänger ein neues Formular der schon stets üblichen Quittungsformulare verwendet wird. Es sollen also für den einzelnen Unterstützungs-Empfänger die Unterfertigungen, die im Jahre 1904 gezahlt werden, auf frischen Formularen vermerkt sein.

Leopold Bierchemann aus Braunschweig, Mitgliedsbuch Ser. III, 04367, ist ohne Abmeldung von Rastow abgereist. Derselbe darf keine Reiseunterstützung erhalten und hat 1 Mk. Strafe zu zahlen.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 6. bis 11. Januar 1904 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
4. Januar. Kreischa	100.—
4. Stoll, M. Binz	12.—
4. Hoberbach	9.87
4. Tzeboe	150.31
4. Erfurt	200.—
5. Müßchen	50.—
5. Minden i. W.	350.—
5. Frankenberg i. S.	550.—
5. Verden	400.—
5. Görtlich	350.—
5. Büschkau	120.—
5. Ottendorf	100.—
5. Zeitz	200.—
5. Durlach	80.—
6. Lehrte	13.—
7. Neufreistett	25.—
7. Lübeck	257.—
7. Erdmannsdorf	50.—
7. Neumarkt	100.—
8. Zwenfau	19.—
9. Strehla a. E.	20.—
9. Poffenheim	25.—
9. Belgig	40.—
10. Mühlberg a. E.	50.—
10. Trebbin	230.—
10. Naugen	200.—
10. Schmüßn	150.—
10. Ronneburg	100.—
10. Frankfurt a. D.	100.—
B. Für Annoncen:	
4. Januar. Osterfeld, E. Krostewitz, in Nr. 2 des L. A.	70.—
4. Goslar, C. Ketscher, in Nr. 46 des Tabak-Arbeiter	50.—
C. Mitglieder, welche ihre Beiträge an die Hauptkasse eingesandt haben:	
4. Januar. Thallwitz, Ser. II, 07067	3.05
5. Bassum, Ser. II, 07338	6.10
8. Goldenstedt, Ser. II, 23118	10.25
9. Bremen, Ser. III, 27821	2.20
10. Barnstorf, Ser. II, 08096	3.90

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht.
Erlaube die Herren Abwesenden, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.
Bremen, den 11. Januar 1904. **W. Nieder-Welland,** Kassierer.
Marktstraße 18, II.

Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. (St. Bremen.)

4. Quartal 1903.	
Einnahmen:	
Kassenbestand am 1. Oktober 1903	17 096.17
Oktober. An Beiträgen zc.	28 778.86
November. An Beiträgen zc.	10 685.16
Dezember. An Beiträgen zc.	10 905.83
Summa	67 466.02
Ausgaben:	
Oktober.	
An Verwaltungskosten:	
a) persönliche	797.15
b) sächliche: Bureaukosten zc.	10.37
Druckfachen zc.	46.—
Porto zc.	71.64
Summa	128.01
„ Beitrag zum Internationalen Fonds	6 207.30
„ Zuschuß an die Zahlstellen	5 364.37
Summa	12 496.83
November.	
An Verwaltungskosten:	
a) persönliche	653.65
b) sächliche: Bureaukosten	1.50
Porto zc.	65.07
Sonstige Ausgaben	43.52
Summa	110.09
„ Zuschuß an die Zahlstellen	3 753.88
Summa	4 517.12
Dezember.	
An Verwaltungskosten:	
a) persönliche	651.20
b) sächliche: Bureaukosten zc.	75.07
Porto und Abonnements zc.	93.50
Sonstige Ausgaben	30.—
Summa	198.57
„ Zuschuß an die Zahlstellen	3 041.98
Summa	3 891.75
Bilanz:	
Gesamteinnahme	50 369.85
Gesamtausgabe	20 905.70
Mithin eine Mehreinnahme von	29 464.15
Kassenbestand am 1. Oktober 1903	17 096.17
Mehreinnahme im 4. Quartal 1903	29 464.15
Bleibt Kassenbestand am 31. Dezember 1903	46 560.32
Residiert durch die Revisionskommission:	
Albin Fiedler. August Menz. Heinrich Wohlers.	
Bremen. Der Vorstand.	
W. Nieder-Welland, Kassierer.	

Vom Vorstande sind ernannt:

- Für **Apolda:** Fritz Höttermann als 1. Bev.
- Für **Braunschweig:** Emil Burgold als 1. Bev., W. Meier als 2. Bev., R. Borchers als 3. Bev.; B. Steinberg, A. Sander, G. Meyer als Kontrolleure.
- Für **Orson:** Eilmann Schütten als 1. Bev.
- Für **Groß-Münden:** Wilh. Wolf II als 1. Bev., H. Göde als 2. Bev., Wilh. Klages als 3. Bev.; S. Zimmermann, Karl Friede, Wilh. Lames als Kontrolleure.
- Für **Bahla:** Rud. Damm als 1. Bev., Heinr. Trümper als 2. Bev., Herm. Göbß als 3. Bev.; Albin Hilbert, Fritz Selter, Emil Fuchs als Kontrolleure.
- Für **Mühlberg a. d. Elbe:** Ernst Angermann als 1. Bev., Ernst Hunger als 2. Bev., Reinh. Pielenz als 3. Bev.; Otto Lehmann, Rob. Naumann, Herm. Böhmig als Kontrolleure.
- Für **Naschhausen:** Albert Hahn als 1. Bev., Paul Stelter als 2. Bev., May Kettler als 3. Bev.; Otto Fischer, Herm. Hahn als Kontrolleure.
- Für **Neufreistadt:** Georg Durban als 1. Bev., Christ. Durban als 2. Bev., David Hügel sen. als 3. Bev., L. Reck, D. Hügel, Karl Koch als Kontrolleure.
- Für **Neusalz:** Anton Rogmann als 1. Bev., Jos. Czindsolors als 2. Bev., Rich. Schulz als 3. Bev.
- Für **Pirna:** Emil Baum als 1. Bev., Herm. Huballa als 2. Bev., Ernst Flohr als 3. Bev.; Karl Bias, Joh. Hallensen, May Breutmann als Kontrolleure.
- Für **Rehme:** Arnold Albertsmeier als 1. Bev., Otto Stahl als 2. Bev., W. Schüller als 3. Bev.; Fritz Albertsmeier, H. Brandt als Kontrolleure.
- Für **Ronneburg:** Otto Fuchs als 1. Bev., Ernst Künzel als 2. Bev., Karl Waffer als 3. Bev.; Bernh. Jungst, Joh. Singer, Fritz Rosin als Kontrolleure.
- Für **Salsungen:** Chr. Laubert als 1. Bev., Chr. Wagner als 2. Bev., Chr. Leibrecht als 3. Bev.; Wilh. Koch, Paul Peschee, Heinr. Schuur als Kontrolleure.
- Für **Sonneborn:** Konr. Niefel als 1. Bev., Ernst Wischendorf als 2. Bev.; C. Krause, Frau Wischendorf als Kontrolleure.
- Für **Trebbin:** Herm. Kühle als 1. Bev., Otto Koch als 2. Bev., Hans Koblmann als 3. Bev.; Wilh. Befeiler, Rob. Schreiber, Ernst Munzert als Kontrolleure.
- Für **Verden:** Friedr. Güntheroth als 1. Bev., Heinr. Hunte-mann als 2. Bev., Herm. Fröhlich als 3. Bev.; Friedr. Hahny, Friedr. Kappe, Joh. Herzberger als Kontrolleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

- Wilh. Reibholz aus Lübbthein (s. R.), Aug. Dahnke aus Rehna i. M. (189)
- Rob. Janßen aus Braunschweig (s. R.) (42)
- Rich. Hennig aus Sommerfeld (321)
- Carl Bunzel aus Nieder-Allersdorf (s. R.) (86)
- Emma Wendler geb. Mahle aus Briesenitz, Auguste Bendlin geb. Sack aus Rummelsburg, Elise Marohn geb. Fick aus Stargard i. Pom. (171)
- Anna Hoffmann aus Wallenbrück, Marie Blomeyer aus Südlengern, Heinr. Blomeyer aus Herringhausen, Friedr. Möller aus Deitingshausen (152)
- Emma Walter aus Jülichau. (383)
- Ida Hermann aus Heidersdorf, Alfred David aus Görtlich (s. R.) (184)
- Ludwig Reck, Carl Koch aus Freistadt. (240)
- Emma Pietronky geb. Braune aus Brandenburg. (32)
- Georg Steinhüller, Theresia Wagner aus Biederach, Friedrich Schlichting, Georg Lindner, Georg Schweigert aus Ansbach. (7)
- Minna Heintorf aus Jellerfeld. (119)
- Herm. Reiter aus Bovenend. (139)
- Rich. Hilbrand aus Schneeberg, May Hoffmann, Ottomar Rudolf aus Lunzenau. (194)
- Emma Wirthgen aus Klein-Karsdorf, Anna Geißler aus Lungwitz. (179)
- Reinh. Vinstler. (11)
- Karolina Mann aus Würzburg, Regina Müller aus Berlin. (377)
- Heinr. Brandt aus Bünde (s. R.), Herm. Köhler aus Braunschweig (s. R.), Meta Wunsch aus Timmersloh, Minna Ranzau aus Rehtham, Wilh. Böge, Anna Diebergen, Joh. Müller, Rosa Koch, Martha Wunsch, Thierchen Stüber aus Verden. (353)
- Karl Schulz aus Neubamm (s. R.) (230)
- Aug. Klinckel aus Wotho. (350)
- Heinr. Laake, Wilh. Laake aus Niederbergen, Fritz Willenig aus Dehme, Heinr. Korning, Leopold Oberschelp, Karl Oberschelp aus Rehme. (289)
- Lina Müller aus Kirchhain (Lausitz). (346)
- August Büllke aus Cosch, Herm. Ewald aus Kalbenkirchen, Joh. Schoelen aus Nienkerk. (49)

Auguste Lieber aus Allendorf. (311)
Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.
Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

- In **Großenhain:** An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends bei Geyer u. Ko, An Sonn- und Festtagen bei Mag Schilde, Boberbergstr. 2.
- In **Bahla:** An Wochentagen in Heinedes Fabrik. An Sonn- und Festtagen bei Rud. Damm, Hospitalstr. 25 A, II.
- In **Mühlberg a. Elbe:** Durch Ernst Angermann in der Herberge zur Heimat. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.
- In **Neusalz a. O.:** Bei Jos. Czindsolors in Ruffey, Berliner Straße, am Landgraben. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.
- In **Pirna:** Bei Herm. Huballa, Reibbahnstraße 15, II. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—1 Uhr mittags. — Verkehrslokal: Pirnaer Volkshaus, Weißes Koh.
- In **Salsungen:** Bei Rob. Koch, Leimbacher Straße 296 1/2.
- In **Sonneborn:** Bei E. Wischendorf, Nr. 141. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.

Mitgliederversammlungen.

- (Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
- In **Oerlinghausen:** Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Blome. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. (Bis dahin müssen die Beiträge entrichtet sein.) J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Hann.-Münden:** Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Anker bei W. Hoppe. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Brefeld:** Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei Schleuter, Steinstr. 4. Tagesordnung: 1. Abrechnung. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Bernburg:** Sonntag, den 17. Januar, nachmittags punkt 3 Uhr, im Thüringer Hof, Schulstr. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 2. Neuwahl der örtlichen Verwaltung. 3. Berichterstattung vom Gewerkschaftsartell. 4. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend nötig; auch die auswärtigen Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Altenburg (S.-A.):** Montag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zum goldenen Engel. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Erfurt:** Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Livoll. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Bericht der Vorortskommission und Neuwahl derselben. 4. Bericht der Kartelldelegierten und Neuwahl. 5. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Hannau:** Dienstag, den 19. Januar, im Saalbau, Wühlstr. 2. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Stellungnahme zum Heimarbeiterkongreß. 4. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Seelitz:** Montag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Krüger (Stadt Görtlich). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 03. 2. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Denben:** Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 5 Uhr, in Rünaths Restaurant. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Vereins- und Gewerkschafts-Angelegenheiten. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Bielefeld:** Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kallmeyer, Weberstraße 5. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht und Bericht der Vorortskommission. 3. Neuwahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 4. Neuwahl der Vorortskommission. 5. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Winsen a. d. L.:** Sonnabend, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Schmiedestr. 10. — Vollzähliges Erscheinen erwartet. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Reishenndorf:** Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 2 Uhr, Zusammenkunft der Einzelmitglieder im Ganbrunn. — Erscheinen aller erwartet. J. A.: Der Vertrauensmann.
- In **Merseburg:** Sonnabend, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Schwarzen Hof. Tagesordnung: 1. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 2. Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftsartell und Neuwahl derselben. 3. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Hamburg:** Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe v. Salzen, Caffamacherreihe 15/17, I. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 2. Bericht vom Kartell. 3. Geschichtlicher Vortrag. Referent: Herr F. Laufkötter. 4. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 5. Wahl der Kartelldelegierten zum 1. April 1904. 6. Halten wir ein Sommervergnügen ab? 7. Innere Vereinsangelegenheiten. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Breslau:** Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 5. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Wahl der Kartelldelegierten. 4. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Frankenberg i. S.:** Montag, den 18. Januar. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. — Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwünscht. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- In **Gera (B. j. L.):** Sonnabend, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Löwenburg, Schmeltzstättenstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Bericht der Vorortskommission und Neuwahl derselben. 4. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftsartell. 5. Verschiedenes. — Pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht. J. A.: Die Bevollmächtigten.
- Berlin.** Sprechtunden Wochentags von 10—11 Uhr vormittags und 5—6 Uhr abends. — Reiseunterstützung bei Paul Ratajczak, Berlin N., Bappel-Allee 7, vorn IV, Wochentags von 12—1 Uhr mittags und 6—9 Uhr abends, Sonntags von 10—12 Uhr vormittags. — Beiträge werden entgegengenommen Montags von 7—10 Uhr abends Ruppiner Straße 42 (Ede Schönholzer Str.) und Albalertstr. 4 bei Köhlich. Sonnabends von 7—10 Uhr abends bei Feind, Weimstr. 11 und bei Karl Patt, Dragonerstraße 15. — In Moabit bei Rich. Kiepert (Zigarrengeschäft), Zwinglstr. 16. Zu jeder Tageszeit. J. A.: Die Bevollmächtigten.
- Altena i. W.** Die auswärtigen Kollegen, die nach hier steuern, werden gebeten, ihre Beiträge möglichst zu begleichen zwecks Abrechnung. Die Beiträge wolle man senden an den Kassierer Jos. Grootarz, Gesehger Weg 3. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- Apolda.** Die nach hier steuernden Mitglieder werden ersucht, bis zum 16. Januar ihre Beiträge zu begleichen, indem Abrechnung stattfinden muß. J. A.: Der Bevollmächtigte.
- Trebbin.** Die Unterstützung bei Erwerbsunfähigkeit wird Sonntags von 11—1 Uhr mittags bei Otto Koch, Lindenstraße 7, ausgezahlt. J. A.: Der Bevollmächtigte.

J. H. Koopmann, Bremen.

Aufbewahren. Achtung! Aufbewahren.

So lange der Vorrat reicht

empfehle von neuen Einfäusen, als ganz besonders preiswert, nachfolgende Sorten für die Zigarrenfabrikation:

- 1500 Pfund **Havanna, Umblatt und Einlage**, hochfeine Qualität, leicht und wollig, tabellos in Brand, à 100, 110, 125 Pfg.
- 500 Pfund **Havanna, Deder**, Vollblatt, tabellos im Brand, à 450 Pfg.
- 1000 Pfund **Mexiko, Deder** (malotiert), volles, großes Blatt, vorzüglich in Brand, Geschmack und Farben, à 180 Pfg.
- 3000 Pfund **Java, Umblatt und Einlage**, Marke Jadampon, allerfeinste Qualität, leicht und wollig, schneeweiß am Blatt brennend, à 85 Pfg.; dieser Java ist wirklich zu empfehlen, weil derselbe seiner Leichtigkeit wegen im Verhältnis billiger ist, als Tabake für 70 Pfg.
- 2000 Pfund **Java, Umblatt**, flott im Brand, tabel. Blatt, à 90 Pfg.
- 2200 Pfund **Java, Deder**, G. D. B., 1., 2. und 3. Länge, à 110, 120, 130 Pfg.
- 1200 Pfund **Borneo, Deder**, setzt sofort schneeweiß an, sehr deckfähig, à 150 Pfg.

Außerdem empfehle meine bekannten Sorten als: **Sumatra, Deder**, in allen Farben und Längen, à 110, 120, 130, 150, 160, 180, 200 bis 350 Pfg.; als ganz besonders empfehle eine 1. Länge Vollblatt, mittelhell, deckt unter Garantie mit 1/2 Pfund, à 200 Pfg. — **Sumatra, Umblatt**, 90, 100, 110, 120 Pfg. — **Vorstenland, Deder**, 140, 160, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Deder**, 120, 130, 140, 160, 180 Pfg. — **Brasil, Einlage und Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 110 Pfg. — **Domingo, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt**, 75, 80, 90, 100 Pfg. — **Carmen, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 100, 105 Pfg.

Loggut in vorzüglicher Mischung, kerngesund, meist Umblatt, 75 Pfg. Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen.

Fernsprecher 3946. Neustadtwall 36. Fernsprecher 3946.

* Hans Wittig, Bremen. *

Rob-Tabak

offerierte zu äußersten Preisen verzollt:

Sumatra . . . per 1/2 kg 140-150 ♂	St. Felix-Brasil . . . per 1/2 kg 85-200 ♂
Java " 1/2 " 80-175 ♂	Seedleaf " 1/2 " 85-100 ♂
Mexiko " 1/2 " 250-350 ♂	Domingo " 1/2 " 90-110 ♂
Havanna " 1/2 " 125-500 ♂	Carmen " 1/2 " 75-110 ♂
Borneo " 1/2 " 160-180 ♂	Loggut, rein überf. " 1/2 " 75-85 ♂

Deutsche Tabake

Pa. Elsässer Rebut per 1/2 kg 85 ♂, Pa. Bühlertaler per 1/2 kg 85 ♂
Elsässer Rebut, Umblatt und Einlage, per 1/2 kg 80 ♂.

Billigste Preise. Rohtabak Reelle Bedienung.

für Detailverkauf und Postversand:
Filiale Berlin N. 31, Brunnenstr. 152.

Sumatra in allen Sortierungen, Farben und Preislagen.
Java, sehr große Auswahl, von 85-250 Pfg.
Brasil von 100-275 Pfg.; alte, abgelagerte Ware.
Carmen, Einlage, Aufarbeiter und reines Umblatt von 80-130 Pfg.
Domingo, nur gute, gesunde Ware, von 90-125 Pfg.
Mexiko, Havanna, Märker, Pfälzer, Rebut.

Max Otto Hauptgeschäft und Engros-Verkauf:
Berlin NO. 43, Neue Königstr. 6.

Achtung! Spezial-Offerte in Brasil!

Murucobano/Mattas SS.	17 Pack. Deckbl. 4 Pfd. Deck., ff. in Brand u. Geschmack	pr. Pfd. 2.-
Costa, St. Felix/PP.	10 Pack. Deckbl., prima Qualität	pr. Pfd. 1.80
Costa, St. Felix/PP.	11 Pack. Deckbl., prima Qualität	pr. Pfd. 1.50
Costa, St. Felix/P.	15 Pack., ausgezeichnetes Aroma	pr. Pfd. 1.30
RJP.	77 Pack., leicht im Gewicht u. großbl., ff. Qual., vollst. Criakf. Havana	pr. Pfd. 1.15
Ausgesuchte Blätter	Augusto, Cruz de Almas.	92 Pack., empfehlenswert, hochf. Qual. pr. Pfd. 1.15
Brillante, JIQ.	43 Pack. mittel Umbl. u. Einl., gebockt	pr. Pfd. 1.10
NB. Especial, ger. Bl.	34 Packen, schöne Qualität u. kräftig	pr. Pfd. 1.05
AFS. St. Felix/****	39 Packen, großblättrig u. gebockt	pr. Pfd. 1.-
JBWolda, Cruz de Almas.	39 Packen, leichte Einlage, gebockt	pr. Pfd. .95
JMC/FS.	8 Packen, leichte Einlage, lose Bl.	pr. Pfd. .90

Hengfoss & Maak, Altona-Ottensen.

Carl G. Lahmann

Roh-Tabake

Bremen.

Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 195.

Erste u. einzige direkte Bezugsquelle für Berlin und die Provinz, daher konkurrenzlose Preise.

Brandt & Sohn, Bremen

empfehlen als ängereit preiswert

Sumatra, Deder, 120, 140, 150, 160, 180, 200, 220, 250, 270, 280, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Sumatra, Umblatt**, 90, 100, 110, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt**, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120 Pfg. — **Java, Einlage**, 75, 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Deder**, 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna**, 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Deder**, 130, 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage**, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Domingo, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt**, 80, 85, 90, 100 Pfg. — **Loggut**, gemischte Original-Tabake, 80, 85 Pfg. Ferner empfehlen deutsche Tabake, prima Ware. — **Elsässer Rebut** 80 und 85 Pfg. — **Bühlertaler, Umblatt**, 85 Pfg. Preise per 1/2 kg verzollt. Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Jeder!

fordere sich sofort unsere neue Preisliste 22, muß unbedingt Jeder lesen. Enthält sämtliche Artikel mit ca. 1000 Abbildungen für die Cigarrenfabrikation!

Zufendung erfolgt kostenlos sofort! Größtes Cigarren-Wickelformenlager Deutschlands.

Jedes Façon stets am Lager. Preis der Formen: Originalfabrikpreis!

Größtes Hobtabak-Lager!

Deutsche sowie amerikanische Tabake! Unstreitig erstes u. größtes Fabrik- und Handelsgeschäft der Hobtabak- und Utensilien-Branche. Jeder vergleiche unsere Preise mit anderen Preisen! Unstreitig ohne Konkurrenz! Besonders zu empfehlen:

Sumatra Umblatt, leicht, gut brennend, per Pfund verzollt 1.05 Mk.

Sumatra Umblatt, viel Decken enthaltend, per Pfund verz. 1.30 Mk.

Sumatra Umblatt, leicht bedeckend, schneeweiß Brand, mittel und helle feine Farben, per Pfd. verz. 2.25 Mk.

Sumatra, 2. Länge, Vollblatt, hochfeine helle Farben, schneeweiß Brand, per Pfund verzollt 3.10 Mk.

Gute Nidermärker Einlage à 70 Pfg. per 1/2 Kilo.

Außerdem ca. 60 verschiedene Muster Sumatras.

Kreditgewährung nach Uebereinkunft. Jeder fordere sofort Preisliste 22 ein.

L. Cohn & Co., Berlin N.
Brunnenstrasse 24.

Fernsprecher: Amt 3, Nr. 513
Telegramm-Adresse: Formenoohn Berlin.

E. Brinkmeier Bremen.

Sumatra

Deli: Hochfeine, zarte 2. Vollblattlänge, ganz ideal in Brand und Geschmack Pfd. 365 ♂

Deli: Edle, zarte 1. Vollblattlänge, hell Pfd. 250 ♂

Deli: Edle 2. breite Vollblattlänge, hellbraun Pfd. 240 ♂

Deli: Edle 2. breite Vollblattlänge, mittelbraun Pfd. 220 ♂

Deli: Feine 2. Vollblattlänge, mittelbraun Pfd. 200 ♂

Deli: Feine 2. Vollblattlänge, mittelbraun Pfd. 175 ♂

Deli: Schöne 2. Vollblattlänge, mittelbraun Pfd. 150 ♂

Deli: 3. Vollblattlänge, sehr billige Decke, reiner Brand Pfd. 120 ♂

Vorstenlanden

1. Länge, Vollblatt, Ia. Deder Pfd. 140 ♂

Java

Ia. Bezockt-Einlage mit Umbl. Pfd. 85 ♂

Ia. reines Umblatt Pfd. 110 ♂

Bezockt-Deder, ausgesprochen helle, edle Farben, schneeweiß Brand Pfd. 185 ♂

Brasil

roße, gebockte, sehr blattige Einlage Pfd. 90 ♂

Feine Qualitätseinlage, sehr blattig gebockt Pfd. 100 ♂

Hochfeiner Deder, prima Brand und Geschmack Pfd. 200 ♂

Feiner Cruz d'Almas, Umblatt und Einlage Pfd. 115 ♂

Seedleaf

Feines Wisconsin-Havanna-Umblatt Pfd. 100 ♂

Umblatt und Einlage, reif, braun Pfd. 85 ♂

Domingo

Hochf. Mokka-Gewächs, FF Pfd. 100 ♂

Carmen, spottbillig

Hochfeines Umblatt Pfd. 90 und 100 ♂

Umblatt und Einlage Pfd. 80 ♂

Mexiko

Hochfeiner dunkler Deder Pfd. 250 ♂

Havanna

Leichte aromatische Einlage Pfd. 160 ♂

Feine Decken, Vuelta abajo his " 1000 ♂

Loggut, besonders preiswert, kerngesund, enorm blattig

Aufarbeiter, rein amerikanisch Pfd. 75 ♂

Preise verstehen sich verzollt. Postkolli gegen Nachnahme.

Jeder Versuch führt zur dauernden Verbindung, wie der stetig wachsende Kundenkreis beweist. Umtausch anstandslos, daher kein Risiko.

E. Brinkmeier, Bremen
Filiale: Berlin N.
Brunnenstrasse 182.

Ich liefere billigt alle Bedarfsartikel und Roh-Tabake

(nur sicher brennend) zur Zigarren-Fabrikation. Erteile sachmännlichen Rat.

J. G. EINERT Braunschweig.
la. Grus 35, 45, 50. Muster je 3 Pfd. = 4.50 postfr. Rohtabak räumungsh. extra bill. Kemmler Nfg., Breslau 6.

Tabakarbeiter Leipzigs!

Montag, den 18. Januar, abends 1/9 Uhr

Oeffentliche Versammlung im Römischen Hof.

Tagesordnung: 1. Der bevorstehende Heimarbeiter-Schutz-Kongress. 2. Dertliches. — Alle Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen werden aufgefordert, die Versammlung zu besuchen. J. A.: Der Vertrauensmann.

E. Brinkmeier

Bremen

Filiale: Berlin N.

Brunnenstr. 182, Hof pt.

Leiter: Paul Radke.

Alle Roh-Tabake in grösster Auswahl

empfeilt wie bekannt billig

Albert Steen, Bremen.

Allseitige Zufriedenheit meiner Kundschaft und der täglich steigende Kundenkreis zeugt für reellste und sorgfältigste Bedienung.

Es genügt, bei Bestellung mir Art und Beschaffenheit sowie Preis des gewünschten Tabaks anzugeben. Da ich, wie bereits oben erwähnt, größte Auswahl stets am Lager habe, kann ich jedem Wunsche gerecht werden.

Versand nur gegen Nachnahme.

Albert Steen, Bremen.

En gros. Billige Rohtabake! En detail.

Gegen Nachn. verz.: Sumatra Deckblatt 130-425 ♂, Brasil 188-280 ♂, Java 90-380 ♂, Domingo, Seedleaf, Carmen 84-125 ♂, Los-Gut, rein amerif., kerngesund (Aufarbeiter!) 80 ♂. Rohtabakhandlung, Bremen, Neustadtsbahnhof 15.

Rohtabak! Rohtabak!

F. A. Gröschner Nachf., Delitzsch (gegründet 1871)

offeriert nur originale, garantiert gesunde Tabake in allen Preislagen.

Daniel Eickhoff

Bremen 4.

Sumatra.

3. Vollblattlänge, braun 130 ♂

3. Vollblattlänge, hellbraun 150 ♂

2. Vollblattlänge, braun 200 ♂

2. Vollblattlänge, hellbraun Ia. Ia. 220 ♂

1. Vollblattlänge, hell Ia. Ia. 250 ♂

2. Vollblattlänge, hell Ia. Ia. 350 ♂

Sämtliche Sumatras brennen unter Garantie tabellos schneeweiß.

Vorstenlanden.

Hochfeiner Deder Ia. Ia. 150 ♂

Java.

Umblatt mit Einlage 85 ♂

Reines, hochfeines Umblatt 110 ♂

Felix-Brasil.

Große gebockte Einlage 80 ♂

Umblatt Ia. Ia. 115 ♂

Feinstes Deckblatt 180 ♂

Havanna.

Einlage, hochfeine Qualität 125, 140 ♂

Carmen.

Reines, hochfeines Umblatt 85 ♂

Seedleaf.

Reines Umblatt 90 ♂

Umblatt mit Einlage 80 ♂

Domingo.

Reines Umblatt F 85 ♂

Loggut.

Sehr beliebt. — Großer Umsatz.

Gar. rein amerikanisch 70 ♂

Gar. rein amerikanisch, Umblatt. 75 ♂

Gar. rein amerikanisch, viel Feltz enthaltend 80 ♂

Preise verzollt per Pfund geg. Nachnahme. Da ev. anstandslose Zurückn., kein Risiko. Ziel bei Aufgabe guter Referenzen oder längerer Geschäftsverbindung nach Uebereinkunft. Jeder Versuch führt positiv zur Nachbestellung.

Daniel Eickhoff, Bremen 4.

C. Strohmann
Bremen, Tannenstr. 36
empfeilt alle Sorten

Roh-Tabake.

Sumatra in allen Längen u. Farben, tabellofer Brand, per Pfund 120, 150, 175, 200, 250, 300, 350, 450 ♂.

Havanna 250, 300, 450, 600 ♂.

St. Felix-Brasil 90, 100, 120, 150, 200 ♂.

Mexiko 150, 180, 200, 300 ♂.

Vorstenlanden 150, 180, 220 ♂.

Java 90, 100, 110, 120, 150, 180 ♂.

Seedleaf 90, 95, 100, 120 ♂.

Domingo 80, 85, 95, 100, 110 ♂.

Carmen 80, 85, 95 ♂.

Amerikanisches, gefundenes, blattiges Losblatt 75, 80, 85 ♂.

Für tabellosen Brand wird garantiert. Preise sind verzollt unter Nachnahme. Zahlungen nach Uebereinkunft. Konkurrenzlose Zigarrenmesser. Ww. Hausding, Finsterwalde.

Rohtabak!

Grösste Auswahl und billigste Preise! Garantiert flotter und sicherer Brand!

Filialen in Berlin
im Norden: Brunnenstrasse 25
im Osten: Koppenstrasse 9
im Südost: Kottbuser Strasse 2.

Filiale in Sachsen
Chemnitz: Brückenstrasse 19.

Filiale in Schlesien
Ratibor: Jungfernstrasse 11.

Emil Berstorff

Berlin C. 2

Kaiser-Wilhelm-Strasse 39.

H. Edling, Bremen

grösstes Tabak-Detail-Geschäft

empfeilt

Sumatra Deder à 110, 120, 130, 140, 150, 160, 180, 190, 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350 ♂.

Sumatra Umblatt à 90, 95, 100, 110, 120 ♂.

Java Deder à 140, 150, 170, 180, 200 ♂.

Java Umblatt à 85, 90, 95, 100, 110, 120, 130 ♂, Einlage 75, 80, 85, 90 ♂.

Brasil Deder à 130, 140, 150, 170 ♂.

Brasil Einlage u. Umblatt à 75, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120 ♂.

Java u. Cuba à 100, 110, 120, 130 ♂.

Havanna à 110, 120, 150, 200, 250, 300, 450 ♂.

Fabrikinspektion und Tabakindustrie.

I.

A. B. Wir haben schon in einer Reihe von Artikeln über die Ergebnisse der Tätigkeit der preussischen, bayrischen, badischen und hessischen Fabrikinspektoren im Jahre 1902 berichtet, vor kurzem erschienen endlich die Gesamtberichte für das Reich, wir nehmen dies zum Anlaß, auch die Verhältnisse unserer Industrie in den anderen Bundesstaaten auf Grund dieser, trotz aller ihrer Mängel wichtigen Informationsquellen darzustellen. Wie auch in früheren Jahren muß diesmal wieder die Klage wiederholt werden, daß die Untersuchung der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht allen industriellen Betrieben gewidmet wird, daß manche oft mehrere Jahre auf den Besuch der Aufsichtsbeamten warten müssen. So stellt der sächsische Bericht fest, daß in den Bezirken Bautzen und Zittau unter 50 handwerksmäßigen Betrieben unserer Industrie bloß 33 untersucht wurden. Im Bezirke Annaberg und Chemnitz sind von 51 Betrieben 47 untersucht worden. An einer andern Stelle des Berichtes finden sich aber 63 Betriebe verzeichnet und in dem um ein Jahr älteren Berichte 121 Betriebe. Der Unterschied zwischen den beiden letzten Jahren ist auf eine Anweisung des Reichskanzlers zurückzuführen, wonach gewisse Betriebe als nicht revidenzpflichtig bezeichnet werden. Es ist dies eine wenig erfreuliche Erscheinung, daß der Kreis der der Fabrikinspektion unterworfenen Kreise eingeengt, statt erweitert wird, was gerade mit Rücksicht auf die Verhältnisse unserer Industrie, deren kleinste Betriebe der schärfsten Aufsicht bedürfen, lebhaft zu beklagen ist. Diese neue Grundlage der Betriebszählung macht in mancher Hinsicht eine Vergleichung mit früheren Jahren unmöglich.

Im Gewerbeinspektionsbezirk Leipzig wurden 17 Betriebe, im Bezirk Döbeln 21 Betriebe, im Bezirk Wurzen 16 Betriebe revidiert, einzelne auch mehrmals. In der Kreishauptmannschaft Zwickau waren 39 Betriebe der Gewerbeaufsicht unterstellt, aber bloß 29 revidiert worden. In den kleinen Bundesstaaten scheint man sich um unsre Industrie recht wenig gekümmert zu haben, wenigstens sind die Angaben in den Berichten überaus spärlich. In Sachsen-Altenburg waren bloß 15 Betriebe in den Registern der Aufsichtsbeamten verzeichnet, in denselben waren 16 erwachsene Arbeiter, 30 Arbeiterinnen, 2 14-16jährige und 5 Arbeiter unter 14 Jahren und ein Mädchen unter 14 Jahren beschäftigt. Bloß 7 von den 15 Betrieben wurden von den Gewerbeinspektoren aufgesucht. Noch ungünstiger lag das Verhältnis in Anhalt, wo bloß 6 von 15 Betrieben etwas von der Gewerbeaufsicht erfuhren. In Neuch. u. L. waren 16 Anlagen zur Herstellung von Zigarren dem Fabrikinspektor bekannt, bloß 2 wurden von ihm besucht. In Hamburg waren dem Fabrikinspektor bloß 378 handwerksmäßige Betriebe unserer Industrie bekannt, in diesen waren 480 erwachsene und 6 jugendliche männliche Arbeiter, 70 Arbeiterinnen, davon 2 im Alter von 14-16 Jahren, 51 im Alter von 16-21 Jahren, 17 in höherem Alter beschäftigt, alle Betriebe wurden von der Fabrikinspektion besucht.

Die Wirtschaftskrise drückte schwer auf unserm Beruf, so wird der Rückgang der Arbeiterzahl für die Kreishauptmannschaft Bautzen festgestellt, das gleiche scheint für die Kreishauptmannschaft Chemnitz nicht zu gelten, auch im Bezirke Dresden ist eine Zunahme wenigstens der Arbeiterinnen festzustellen. Genaue Angaben fehlen leider, so daß man für das Königreich Sachsen keinen klaren Einblick erhält über das Verhältnis der Arbeiter zu den im Vorjahr beschäftigten. Ähnlich ergeht es einem in den meisten Bundesstaaten. Für die freie Stadt Bremen wurde eine Zunahme der Arbeiterzahl festgestellt. Eine Abnahme der Zahl der Arbeiterinnen wird für Sachsen-Altenburg konstatiert, eine Vermehrung dagegen für Schwarzburg-Sondershausen, eine Abnahme in Lippe, eine Zunahme in Hamburg. Für die jugendlichen Arbeiter fehlt es leider fast vollständig an verwerthbaren Angaben, die Abnahme derselben in der Hamburger Zigarrenindustrie hängt mit der zunehmenden Verlegung dieser Industrie nach dem Binnenlande zusammen, eine geringe Zunahme zeigt die Verwendung jugendlicher Arbeiter in Lübeck, anscheinend ist eine Abnahme festzustellen in Schwarzburg-Rudolstadt. Aus Bremen wird gemeldet, daß die Zigarrenfabrikation vor allen andern Industrien merklich unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Druck zu leiden hatte. Da sich im bremischen Gebiet die Zigarrenfabrikation aus verschiedenen von uns öfter erörterten Gründen vorwiegend nur noch auf die Herstellung besserer Sorten erstreckt, so wurde der beachtete Rückgang als Beweis dafür angesehen, daß besser situierte Volksschichten des Inlandes den Verbrauch eingekürzt oder sich geringeren Qualitäten zugewendet haben. (Das stimmt nicht. Der Rückgang in Bremen ist darauf zurückzuführen, daß bessere Sorten resp. Qualitäten in dem auf das platte Land verlegten Fabriken angefertigt werden. Red. des L.-A.) Der Fabrikinspektor behauptet, daß man, um den Betrieb nicht ganz einzustellen oder Arbeiter entlassen zu müssen, hier und da Aufträge für jeden nur annehmbaren Preis abgeschlossen hat. (? Die Red.) Er meint, daß in den beteiligten Kreisen keineswegs Hoffnung auf baldige durchgreifende Verbesserung vorhanden sei. Einen Ausgleich für diesen Ausfall vermag auch nicht der gestiegene Bedarf an billigeren Rau- und Weisentabaken zu bieten. Die Herstellung derselben erfordert nur wenig Arbeitskräfte und kommt für Bremen außerdem hinsichtlich des Rohmaterials nur insofern in Frage, als es sich um verhältnismäßig kleine Mengen oder um die Lieferung des Rohmaterials handelt.

Ganz klar geht aus dem Bericht von Schwarzburg-Rudolstadt nicht hervor, ob die Verkürzung der Arbeitszeit von 8 bis 9 Stunden als eine Wirkung der Krise zu betrachten ist. Jedenfalls hängt es mit der Krise zusammen, daß in Anhalt ein paar größere Zigarrenfabriken monatelang um eine halbe bis anderthalb Stunden kürzere Arbeitszeit innegehalten haben. Kürzere Arbeitszeiten von 7 bis 9 1/2 Stunden finden sich im Unter-Elsaß, unregelmäßige Arbeitszeiten, wenigstens für die Arbeiter-

rinnen, in Sachsen-Altenburg. Im Gegensatz zu den Mitteilungen über die Verkürzung der Arbeitszeit steht die Bemerkung des Aufsichtsbeamten für die Kreishauptmannschaft Zwickau, daß zur Zigarrenfabrikation, in der sich früher fast nie ein Bedürfnis zur Ueberarbeit herausgestellt hat, zwei Fabriken 1544 Ueberstunden bewilligt wurden. Eine Verkürzung der Pausen wurde in Bezug auf vier jugendliche Arbeiter im Regierungsbezirke Bautzen festgestellt und, wie der Fabrikinspektor berichtet, auch abgestellt.

Ueber die Löhne finden sich, wie auch in früheren Jahren, diesmal wenig Angaben. Noch immer wird geklagt über das Annehmen und Ablohnen jugendlicher Arbeiter durch andere Arbeiter und nicht, wie vorgeschrieben, durch die Betriebsunternehmen, so z. B. aus der Kreishauptmannschaft Zwickau, wo verschiedene Fälle unzulässiger Kinderbeschäftigung festgestellt wurden. Aus Sachsen-Altenburg wird über die Löhne berichtet, daß sie zwischen 4 und 30 Mk. für die erwachsenen Arbeiter schwanken und daß der Durchschnitt 13 Mk. beträgt. Bloß in den Wurstfabriken, die doch mit vollständig unorganisierten Arbeitern zu rechnen haben, kamen die gleich niedrigen Durchschnittslöhne vor, aber kein Verus, ja selbst die Arbeiter in Wurstfabriken nicht, haben einen solchen Tiefstand von Löhnen zu verzeichnen, wie die niedrigst bezahlten erwachsenen Zigarrenarbeiter, ein Wochenlohn von 4 Mk. kommt sonst in keinem Berufe vor. Aber auch der Höchstlohn von 30 Mk. wird von allen andern Berufen überschritten, bloß in der Gerberei finden wir einen niedrigeren Höchstlohn und zwar von 28 Mk., aber dafür ist dort der Durchschnittslohn um 5 Mk. höher als bei den Zigarrenarbeitern. Der Aufsichtsbeamte aus Sachsen-Altenburg teilt ferner mit, daß die Löhne im Jahre 1902 in der Zigarrenindustrie niedriger waren als im Jahre 1901. Die übrigen Angaben über die Löhne beziehen sich auf die Auszahlung der Löhne Minderjähriger an deren Eltern, wenn die Eltern, wie das der Braunschweigische Aufsichtsbeamte berichtet, in ein und derselben gewerblichen Anlage beschäftigt sind. Die Fälle von Trunk werden immer wieder von den Fabrikinspektoren festgestellt, so berichtet der lothringische Aufsichtsbeamte: „In einer Zigarrenfabrik, dessen Inhaber zugleich ein Kurzwarengeschäft betreibt, wurden die von den Arbeitern entnommenen Waren bei der Lohnzahlung in Abrechnung gebracht. Strafantrag wegen Zuwiderhandlung gegen den § 115 der Gewerbeordnung wurde, wie üblich, nicht gestellt. Der Aufsichtsbeamte erklärt dies damit, daß dieser Unternehmer die ungesetzlichen Lohnabzüge sofort beseitigte und außerdem noch wesentliche Verbesserungen in sozialer Hinsicht für die Arbeiter einführte.“

Ueber früheren Arbeitsfluß am Sonnabend wird leider als Ausnahme aus der Kreishauptmannschaft Dresden berichtet, daß da in einem Betriebe unserer Industrie der Arbeitsfluß auf 4 Uhr angelegt ist. Von einer Zigarrenfabrik in Metz wird erwähnt, daß des nachmittags an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage nicht mehr gearbeitet wird, weil an diesen Nachmittagen viele Arbeiterinnen fehlen, um ihre Wirtschaft zu besorgen und um Einkäufe zu machen. Der oberelsässische Inspektor berichtet dagegen, daß er am Sonnabend nach 5 1/2 Uhr nachmittags Zigarrenarbeiterinnen mit Aufräumung oder Reinigung beschäftigt fand. Zu derartigen Beobachtungen dürfte sich leider öfters Gelegenheit finden, wenn dieselben von den Aufsichtsbeamten auch nicht immer benützt werden.

In bezug auf die Pausen für die jugendlichen Arbeiter wird aus Sachsen-Meiningen mitgeteilt, daß in zwei demselben Bezirke gehörigen Zigarrenfabriken die Nachmittagspause der Jugendlichen an den Tagen vor den Sonn- und Feiertagen in Wegfall kommt unter der Voraussetzung, daß an diesen Tagen die Arbeitszeit die Dauer von 8 1/2 Stunden nicht überschreitet und es außerdem den Arbeitern freisteht, während des Nachmittags den Speisesaal zum Zweck des Essens aufzusuchen. Aus Hamburg wird berichtet, daß die Nachmittagspause an den Sonnabenden und an den Abenden vor Feiertagen in einer größeren Fabrik unter der Bedingung aufgehoben wurde, daß der Schluß der Arbeitszeit an diesen Tagen um 5 Uhr nachmittags erfolgte. Zu lange Beschäftigung der Kinder wird noch immer erwähnt, so aus einer Zigarrenfabrik im Unterelsaß, daß zwei Kinder zehn Stunden, in einer andern sechs jugendliche 10 1/2 Stunden beschäftigt werden. Der Fabrikinspektor für Mecklenburg-Schwerin beklagt sich über die große Anzahl von Jugendlichen und selbst Schulkindern, die in den Zigarrenmachereien beschäftigt werden. Er fährt dann fort: „Während diese Anlagen der Art der Arbeit nach fast ohne Rücksicht auf den Umfang als Fabriken angesehen werden können, wie auch die Befanntmachung vom 8. Juli 1893 auf Grund des für Fabriken geltenden § 139a der Gewerbeordnung erlassen ist, hat die Rechtsprechung der örtlichen Gerichte feste Grundsätze bisher nicht aufkommen lassen, und wurde sogar eine bezügliche Strafanzeige betreffend eine 17 Arbeiter beschäftigende Anlage vom Staatsanwalt zurückgewiesen, da die Anlage als Fabrik nicht anzusehen sei. Es wäre hier eine allgemeine Anwendung der §§ 135 ff. der Gewerbeordnung für alle Anlagen sachlich völlig berechtigt und erwünscht. Damit würde die Beschäftigung von Schulkindern völlig ausgeschlossen sein, deren gesundheitliche Bedenken durch die geringen Arbeitsdienste kaum aufgehoben werden.“

Die Arbeitslosigkeit

behandelt der Oesterreichische Metallarbeiter in einem interessanten Artikel, der folgendes darüber enthält:

Die Arbeitslosigkeit früherer Zeiten hatte zur Ursache den Mangel an Rohmaterial und Nahrungsmitteln für die Arbeiter, die heutige Arbeitslosigkeit entspringt dem Ueberfluß an beiden — das ist der große Unterschied zwischen einst und jetzt. Die Arbeitslosen früherer Jahrhunderte waren wie im alten Rom Plebejer oder Lumpenproletarier, die auf Kosten der Gesamtheit erhalten werden mußten, edes verarmte und deklassierte Kleinbürger, die

infolge mannigfacher elementarer wie sozialer Ursachen in Not geraten waren, wie im Mittelalter; die heutigen Arbeitslosen dagegen sind „freie“ Arbeiter, die heute Not leiden müssen, weil sie gestern zu viel produziert haben. Das ist der zweite Unterschied zwischen einst und jetzt. In früheren Zeitepochen suchte man der Not, die durch die Arbeitslosigkeit entstanden war, durch Gratisverteilung von Brotkrüchten, durch Brot und Spiele zu steuern, wie in Rom, oder durch Ablenkung nach außen, indem man Kriege und Fehden anzettelte oder Kreuzzüge unternahm. Die Not der heutigen Arbeitslosigkeit kann durch derartige Mittel nicht beseitigt werden, weil sie auf zu weite Gebiete sich erstreckt und die Arbeitslosen weder durch Brot und Spiele, noch durch Fehden und Kriege zu befriedigen sind; ganz abgesehen davon, daß die heutige Kulturstufe der menschlichen Gesellschaft derlei Versuche, das Uebel zu heilen, von vornweg ausschließen muß. Im Altertum wie im Mittelalter konnte die Arbeitslosigkeit nie solche Dimensionen annehmen, wie in der Zeit der modernen Großindustrie, aber dort, wo sie infolge der Einführung der Sklavenarbeit bedrohliche Formen annahm, da führte sie früher oder später zum Untergang des Gemeinwesens. In Griechenland wie in Rom trugen das proletarisierte Kleinbürgertum und die verbummelten städtischen Existenzen, die, um leben zu können, jedem Tyrannen sich zur Verfügung stellten, nicht wenig zum Untergang dieser mächtigen Staatengebilde der alten Zeit bei. Was heute infolge der Arbeitslosigkeit untergehen kann, das ist nicht das Gemeinwesen, sondern die Gesellschaftsordnung.

Im Mittelalter waren alle Menschen „organisiert“, das heißt sie mußten irgendwohin, irgendwem angehören: der Bauer dem Grundherrn, dieser dem König oder dem Lehensherrn, der städtische Kleinbürger und der Arbeiter der Zunft. Jeder Mensch, der keiner der damals bestehenden sozialen Organisationen angehörte, war „herrenlos“, mit ihm wurde kurzer Prozeß gemacht: Gefängnis, Pranger und Auspeitschung waren sein Schicksal. Aber mit der Zeit vermehrten sich die „Herrenlosen“ in einer Weise, daß sie die mittelalterlichen Organisationen zu sprengen drohten und schließlich sie auch sprengten. Die Bauernkriege und die Kämpfe der Bergknappen gegen die Gewerke erschütterten in einer Art die alte Organisation der Gesellschaft, daß es später nur eines leisen Windhauchs bedurfte, um sie zum Sturze zu bringen.

Ihre eigentliche soziale Bedeutung erlangte die Arbeitslosigkeit, wie gesagt, erst in der Neuzeit. In England, wo die moderne Industrie sich zuerst entwickelte, trieb sie mit einemmal Tausende Existenzen dem „Vagabundentum“ zu. In Verbindung mit der Entdeckung Amerikas stieg die Nachfrage nach Wolle, welche durch die Entwicklung der Tuchfabrikation ein viel begehrter Artikel wurde. Das rasche Steigen der Wollpreise machte es den Grundherren rentabler, Schafe zu halten, als Landbau zu treiben. Ein einziger Schafhirt genügte jetzt auf einem Landstrich, zu dessen Bestellung früher zahlreiche Bauern erforderlich waren. In derselben Zeit war es, als der erste Sozialist, der große Thomas Morus, darüber klagte, daß „die Schafe, die sonst so sanft und gemütsam waren, nun zu gierig reichenden Bestien geworden sind, als sie selbst Menschen verschlingen und ganze Felder, Häuser und Gemeinden verzehren und entvölkern“. Unter Heinrich VIII. wurden (vom Jahre 1509 bis 1547) zirka 50 000 hörige Bauern durch Schafe verdrängt, von der Scholle, auf der sie geboren wurden und groß geworden, vertrieben und in „freie Proletarier“ verwandelt. Sie zogen teils in die Städte, um sich in den Gewerken als Arbeiter zu verdingen, teils fanden sie kein Unterkommen und wurden so zu Bettlern und „Dieben“. Die „Diebe“ wurden ohne weiteres gehängt; es sollen unter Heinrich VIII. nicht weniger als 72 000 solcher „Diebe“ dem Galgen überliefert worden sein. Das Los der „Vagabunden“ war nicht viel besser, denn gegen sie wurde eine fürchterliche Blutgesekgebung inszeniert. „Sie wurden“, sagt Marx, „zunächst geächtet für die ihnen angetane Verwandlung in Vagabunden und Pauper. Die Gesekgebung behandelte sie als „freiwillige“ Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem guten Willen abhängige, in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten. . . Alte, arbeitsunfähige Bettler, hieß es in einer Verordnung, erhalten eine Bettellizenz. Dagegen Auspeitschung und Einsperrung für handfeste Vagabunden. Sie sollen an einen Karren hinten angebunden und gepeitscht werden, bis das Blut von ihrem Körper strömt, dann einen Eid beschwören, zu ihrem Geburtsplatz oder dorthin, wo sie die letzten drei Jahre gewohnt, zurückzukehren und sich an die Arbeit begeben.“

Welch grausame Ironie! Nachdem man sie mit Gewalt von ihrem Grund und Boden vertrieben hatte, sollten sie nun dorthin, wo sie nichts mehr hatten, zurückkehren und sich „an die Arbeit machen“. Dann heißt es weiter: „Bei zweiter Ertrappung auf Vagabundage soll die Auspeitschung wiederholt und das halbe Ohr abgeschnitten, beim dritten Rückfall aber der Betroffene als schwerer Verbrecher und Feind des Gemeinwesens hingerichtet werden.“ Das war auch so eine Art, die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen!

Wenn auch nicht durch die gleichen, so doch durch ähnliche Ursachen, wurden in allen andern Ländern „Vagabunden“ und „Bettler“ geschaffen. Der Vagabundage und Landstreicherei suchte man überall in der gleichen Weise abzuhelfen, wie in England: Armenordnung, Arbeitshäuser, Veranstaltung von Notarbeiten und — die Peitsche. So wurde in Frankreich noch im Jahre 1777 jedem arbeitsfähigen Manne, der sich ernähren konnte und sechs Monate lang keine Arbeit hatte, Galeerenstrafe angedroht. Am andern Ende des zivilisierten Europa — in Polen — galt die Verordnung: „Bettler, Männer sowohl wie Weiber, müssen über ihre Verküppelung oder Unfähigkeit zur Arbeit ein ärztliches Zeugnis beibringen; wer aber ein solches nicht hat und zur Arbeit tauglich ist, den soll die Polizei aufgreifen, das bei ihm vorgefundene

Geld ihm abnehmen, ihn vier Wochen gefangen setzen und zu öffentlichen Arbeiten verwenden und ihm alle Freitage fünfzig Rutenhiebe aufzählen lassen." Ein Ueberrest von dieser Idylle ist unser heutiges Bagabundengesetz.

Nach diesem Gesetz vom 24. Mai 1885 gilt als Landstreicher, „wer geschäfts- und arbeitslos umherzieht und nicht nachzuweisen vermag, daß er die Mittel zu seinem Unterhalte besitze und redlich zu erwerben suche". Nach dem Gesetz vom 27. Juli 1871 steht der Gemeinde das Recht der Abschiebung zu: a) gegen Landstreicher und sonstige arbeitslose Personen, welche die öffentliche Mildtätigkeit in Anspruch nehmen; b) gegen ausweis- und bestimmungslose Individuen, welche kein Einkommen und keinen erlaubten Erwerb nachweisen können. Es fehlt nur noch die Ausweisung und der Galgen. Wenn diese Mittel heute nicht mehr angewendet werden, so ist das wahrlich nicht den Gesetzgebern zu verdanken, sondern dem humaneren Geiste und dem Fortschritt der menschlichen Gefittung.

Schon hier zeigt sich, wie mit dem Fortschritt der Industrie eng verbunden die Arbeitslosigkeit ist. Wenn im 16. Jahrhundert Bauern durch Schafe, so wurden sie später durch das Wild vertrieben. In unsern Alpengegenden werden heute noch weite Gebiete, die früher von Hunderten von Bauern bewohnt waren, in Jagdreviere verwandelt, nachdem die Bauern um einen Pappentheil ihre Parzelle verkauft haben. Andererseits werden Tausende Kleinmeister und Arbeiter durch die Maschine verdrängt. Seit dem 16. Jahrhundert verschwindet die Arbeitslosigkeit nicht mehr von der Tagesordnung; sie hat bis jetzt aller Anstrengungen zu ihrer Beseitigung gespottet, und je großartiger Gewerbe und Industrie sich entwickelten, desto drückender wird die Arbeitslosigkeit.

Vor dem Ausbruch der französischen Revolution hatte die Arbeitslosigkeit bereits große Dimensionen angenommen. Die Zünfte hatten sich immer mehr zu geschlossenen Cliquen herausgebildet, in welchen die Wetterwirtschaft florierte; Tausende arbeitsfähiger und arbeitslustiger Männer fanden in ihnen keine Unterkunft. Diese von den Zünften ausgeschlossenen Proletarier waren nicht zum wenigsten das treibende Element in der großen Revolution. Das Ideal der Revolution war ja die bekannte Phrase des Liberalismus vom „freien Spiel der Kräfte". Wenn erst jeder sich entsprechend seinen Fähigkeiten betätigen könne, werde es bald gar keine Arbeitslosen mehr geben! Auf diese Art wurde die Notwendigkeit der Gewerbefreiheit begründet. Nun, wir wissen heute zur Genüge, daß das „freie Spiel der Kräfte", daß die Gewerbefreiheit die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt geschafft; diese erhebt heute drohender denn je ihr Haupt.

Zu der Arbeitslosigkeit, die infolge Ueberflüssigmachung von Arbeitern durch die Maschinen entsteht, gesellt sich die Arbeitslosigkeit, die durch die Handelskrisen hervorgerufen wird. Die Krisen haben sich bis jetzt so ziemlich alle zehn Jahre wiederholt, aber wenn sie früher akut auftraten, so haben sie sich in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr zu chronischen Krisen ausgewachsen, was eine chronische Arbeitslosigkeit hervorrufen muß. Die Folge der akuten Krisen zeichnet Robbertus mit folgenden Worten: „... Ein rasches Sinken aller Warenpreise, die noch vor kurzem so lohnend waren; eine bis zur Entwertung gehende Wertverminderung der produktiven Vermögen; eine fast allgemeine Unmöglichkeit, eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen; zahllose Bankrotte oder Zahlungsstundungen, zeit- oder teilweise Beschränkung oder Einstellung der Produktion; Brotlosigkeit von Tausenden von Arbeitern — das sind die in rascher Folge und

Wechselwirkung sich ändernden Symptome von Erscheinungen, die das Kapital dezimieren und dem Arbeiter auch noch seine Lumpen rauben. Wenn dann am Ende solcher Vernichtungszüden die Nationalökonomie ihre Loten zählt, so rechnet sie den Ruin der Kapitalisten nach Millionen Werten und den der Arbeiter nach tausend und abertausend Familien, die sich niemals wieder in ihren Kellern und unter ihren Dächern aufzuraffen vermögen." Man vergegenwärtige sich die Ereignisse, die sich auf dem Weltmarkt seit einem Jahre abspielen, die vielen Bankrotte und die vollständige Stockung der Industrie mit der großen Arbeitslosigkeit im Gefolge, und man wird diese Worte bestätigt finden. Die chronische Krise zeichnet sich dadurch aus, daß sie von einem Industriezweig zum andern springt, bald diesen, bald jenen Platz ergreift und überall ihre dauernden Spuren zurückläßt. Hier hört die Arbeitslosigkeit nie ganz auf.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Tabakarbeiter! Ueber die Firma Rinn u. Ko. in L.-Entrich, Turnerstraße, ist die Sperre verhängt. Vor Zugang nach Livija wird gewarnt. Jeder Arbeitssuchende hat sich zuerst beim Vertrauensmann G. Lehmann, Kolonnenstraße 17, IV, zu melden. J. A.: Die Vorortskommission.

Attena. Bei der Firma Arning in Jerslohn bestehen Differenzen. Zugang ist fernzuhalten. Ueber die genauen Verhältnisse erteilen der Vorstand in Bremen sowie der Bevollmächtigte in Attena i. Westf. bereitwilligst Auskunft. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Niesfeld. Bei der Firma Job. Pf. Colbrunn Ww., sind Differenzen ausgebrochen. Zugang nach hier ist fernzuhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Viebrich a. Rhein. Der Zugang von Zigarettenarbeitern nach Wiesbaden ist fern zu halten. Auskunft erteilt der Bevollmächtigte in Viebrich.

Meißen. Zugang nach Meißen ist wegen Maßregelung und Lohnabzug streng fernzuhalten.

Hannover. Achtung, Zigarettenarbeiter! Der Zugang nach hier ist fern zu halten. Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich Zigarettenarbeiter befinden, wollen dieselben aufmerksam machen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Landsberg a. W. Zugang ist streng fernzuhalten, da bei der Firma Dohrn u. Karriter Differenzen bestehen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Löbau. Bei der Firma Karl Löffel ist ein Ausstand ausgebrochen. Maßregelung und Lohnabzug ist die Ursache. Zugang ist strengstens fernzuhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Schönlank. Bei der Firma A. Wild Söhne haben Maßregelungen stattgefunden. Wir bitten den Zugang strengstens fernzuhalten.

An die Tabakarbeiter der zum Vorortbezirk Berlin gehörenden Ortshafte.

Bezugnehmend auf den Aufruf des Vorstandes des Tabakarbeiter-Verbandes betr. des Heimarbeiterschutzes-Kongresses richten wir an die Bevollmächtigten in den einzelnen Zahlstellen des obengenannten Vorortbezirktes die Aufforderung, sich mit der unterzeichneten Kommission in Verbindung zu setzen, behufs gemeinsamer Vorarbeit zu dem Kongress.

Die unterzeichnete Kommission, hat zu dieser Vorarbeit zweckentsprechende Fragebogen anfertigen lassen und bitten wir, diese, soweit es gewünscht wird, beziehen zu wollen von Wilh. Börner, Berlin S. 42, Ritterstr. 15, vtr. Die ausgefüllten Fragebogen sind dann rechtzeitig an dieselbe Adresse zurückzusenden.

Da die Zeit bis zum Zusammentritt des Kongresses nur kurz ist, so tut Eile not und bitten wir, die Arbeiten deshalb sehr beschleunigen zu wollen.

Die Kongress-Kommission für Berlin u. Umgegend.

J. A.: Carl Butry.

Die Zigarrenmacher in Adelaide, Australien, haben das Union-Label (Schutzmarke) eingeführt.

In Arefeld siegten ebenfalls die freien Gewerkschaften mit 1977 Stimmen gegen 815, die auf die „Christlichen" fielen.

Achtung vor Schwindlern! Ein Schwindler und Spitzhube, der wahrscheinlich auch andermwärts sein Glück versuchen wird, hat in Oederan den Vertrauensmann der Gewerkschaften, Johann Meßner, in frecher Weise gebrandschagt und beschwunden. Es wird darüber aus Oederan geschrieben: Wir richten an alle Gewerkschaftsgenossen das dringende Ersuchen, bei einem etwaigen Auftauchen eines angeblichen Streitenden aus Crimmitschau namens Stolle, der sich auf seinen angeblichen Onkel Stolle, Reichstagsabgeordneten aus Gefau, beruft, sofort der dortigen Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Der Genannte wird wegen Diebstahls von Verbandsgeldern in Höhe von über 50 Mark steckbrieflich gesucht, welchen Betrag der angebliche Stolle dem Vertrauensmann Meßner gestohlen hat, indem man ihn durch Komplizen des Schwindlers in unser Verkehrlokal lockte und von der Wohnung fernzuhalten suchte. Sein Auftreten ist sicher. Größe etwa 170 Zentimeter, kräftiger Körperbau, Haare schwarz, Gesichtsfarbe fahl, Augen grau, Zähne voll, Nase krumm. Der angebliche Stolle trägt eine Brille, der Schnurrbart ist blond. Kleidung: Hosen grau, Stiefellett, Uebergießer dunkelschwarz mit blauem Schein, kariertes Vorhemd mit Stehkragen, lange Krawatte. Zur Einführung bedient er sich einer Rede Stollens im Reichstage für die Crimmitschauer in Form von losen Blättern, beginnend mit Seite 168 der Reichstagsberichte. Er gibt an, vom Streikbureau Crimmitschau entsandt zu sein, um Arbeitswillige abzuhalten. Daß der pp. Stolle mehrere Helfershelfer zur Seite hat, ist als bestimmt anzunehmen, da im oben erwähnten Diebstahl zwei Personen noch mit im Spiele stehen. Der angebliche Stolle ist vermutlich identisch mit einem Stender, der von der Anwaltschaft Werdau steckbrieflich gesucht wird.

Da der Schwindler auch andermwärts auftauchen dürfte und in Freiberg und Falkenau auch schon gesehen worden ist, seien die Gewerkschaftsleiter besonders gewarnt.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Treppen. Der Unterricht beginnt in National-Ökonomie: Montag, den 11. Januar; Geschichte: Dienstag, den 12. Januar; Soziale Gesehbahrung: Donnerstag, den 14. Januar; Rede-Uebung: Freitag, den 22. Januar.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pfg.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach trägt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuche frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottsch. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Demminstr. 32; Krause, Müllerstr. 7a; Horst, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin SW. 43, Hornstr. 20, Quergeb. II, Geldsendungen an den Kassierer F. Königs, Berlin S. 59, Hasenhaide 50, zu senden.

Soeben erschienen:

Crimmitschau unterm Belagerungszustand.

Herausgegeben vom Zentralverband deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen.

Reich illustriert.

Preis 15 Pfg. (Porto 5 Pfg. extra.)

Der Reinertrag ist für die ausgesperrten Weber bestimmt.

Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig Tauchaer Strasse 19/21.

En gros. **Rohtabak** En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosse Auswahl! Billigste Preise!

Preisliste gratis und franko.

Rasiermesser

von unerreichter Güte und Schnitffähigkeit empfiehl

Fritz Hammesfahr, Fabrik u. Versandhaus, Föche b. Solingen.



KRONEN DIAMANT STAHL D. R. G. M.

Nur bei mir zu haben.

Kronen-Diamant-Stahl M. 3.25
Kronen-Silber-Stahl M. 2.25

Fertig zum Gebrauch mit Etui. Für jedes Stück wird garantiert. Streichriemen M. 1.— bis M. 1.80.
Rasierpinsel, Rasierschalen à M. —.50, Gelatzstein M. 2.50, Schärfrasse M. —.30, Rasierseife M. —.25. Rasier-Garnitur complet in f. Etui M. 8.—. Versand gegen Nachnahme. Katalog mit über 3000 Abbildungen bitte zu verlangen franko und umsonst.

Alle Roh-Tabake

in grösster Auswahl, billigste Preise.
Unter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämtliche Utensilien z. Cigarrenfabrikation.
Sehr große Auswahl von Formen in jeder Façon zu Original-Fabrikpreisen.

Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstr. 185.
Man verlange illustriertes Preisverzeichnis.

Billiges Angebot!

Pa. Umblatt u. Einlage per 1/2 kg 68—70 Pfg. Hochfeines Umblatt per 1/2 kg 80—90 Pfg. Pa. Yagut, rein, gelblich, Umblatt u. Einlage, 78, 82 und 84 Pfg. Domingo per 1/2 kg 90, 105 und 115 Pfg. Java-Decker per 1/2 kg 145, 160, 190 und 230 Pfg. Sumatra-Decker, hell, mittelstark, braun, 1 1/2, Pfd. deckfähig, per 1/2 kg 185, 200, 250, 300, 350, 400, 450 Pfg.

Größte Auswahl in verschiedenen Marken und Sortierungen aller und neuer Ernten in Borneo, Sumatra, Java, Savanna, Mexiko, Domingo, Brasil u. Adermärker Tabaken in tadellosem Brand. — Alles verzollt ab hier. Postfrakt gegen Nachnahme.

Kredit nach Uebereinkunft.

Otto Fuchs
Halle a. S., Königstr. 1.

Havanna-Blätter

großblattig, feine Qual., 135 Pfg. verzollt

S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gust. Boy
Berlin N., Brunnenstraße 183.

Eine Partie

durch Wasser (sehr wenig) bewädigte Sumatra-Decker, früherer Preis Mt. 4 50, verkaufe, um damit zu räumen, mit Mt. 2.75 per 1/2 kg. Proben von 1 kg an gen. Nachnahme gern zu Diensten.

Otto Fuchs
Halle a. S., Robert-Granz-Str. 1.

Rohtabak.

Sumatra-Decken-Absall à Pfd. 95 Pfg. Enorm billig.

Kredit nach Uebereinkunft.

Grösstes Lager in Wickel-Formen.

W. Hermann Müller
Berlin O. Alexanderstr. 22.

Bartflechten.

Werter Herr Dr. Mück! Teile Ihnen mit, daß ich durch Ihre briefl. Behandlg. von meinem Uebel, Bartflechten mit Beihen und Schuppenbildung, ganz befreit bin und mich ganz wohl befinde, wofür ich Ihnen meinen besten Dank ausspreche. Erlaube gern die Veröffentlichung des Zeugnisses. Emmendingen (Baden), Wilhelm Bürlin, Karl-Friedr.-Straße 37.

Adresse: D. Mück, prakt. Arzt, Glarus 134 (Schweiz).

Ein solider, laiblicher Zigarrenarbeiter, welcher sich selbst Wickel machen kann, wird zum baldigen Antritt gesucht. Lohn 6 50 und 7 Mt. bei freier Zurihtung.

Robert Fischer,
Canth (Reg.-Bez. Breslau).

Soliden Zigarrenmacher

welcher Handarbeit und alle Fassons machen kann, sucht **Otto Fuchs,** Halle a. S., Zigarrenfabrik.

In der neu errichteten Zigarrenfabrik von **E. Runnebaum u. Co.** in Barnstorf bei Bremen finden noch **6 tüchtige, solide Zigarrenmacher** dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn. Nähere Auskunft erteilen die Verbandsarbeiter **Müller-Sneider** und **Geller** in Barnstorf gern. — Niedrigerer Lohn Mt. 8.50 bei aufgereiztem Deckblatt.

Junge Zigarrenarbeiterin

oder -Arbeiter auf dauernde Arbeit gesucht Lohn bei gutem Material und freier Zurihtung nicht unter 7.50 Mt. Zu erfragen bei **Karl Höpelin,** Weimar i. Th., Unterer Thüringer Hof 7.

Unserm Kollegen **Adam Trautmann** zu seinem am 17. Januar stattfindenden 26. Geburtstag und zugleich Verlobung mit **Fräulein A. Müller** oder **König** die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen in **Reinheim.**
Vh. W., D. B., P. M.

Ersuche die Bevollmächtigten, in deren Ver ich sich der Zigarrenarbeiter **Friedrich Baborn** aus **Uchim** befindet, mir die Adresse derselben zukommen zu lassen.

Gustav Perlewitz, 2 Bevollmächtigter, Stettin, Gustav-Adolfstr. 48.

Junger, solider Zigarrenmacher sucht baldigst Stellung, am liebsten wo Wickel geleistet werden, sonst macht sie eventuell auch selbst. — Offerten sind an richten an den z. Bevollm. **Karl Brüger, Landsberg a. W.,** Dammstr. 24.

Unsern Kollegen **Ant. Winterlich** und **Ant. Ungemach** zu ihrem am 17. d. M. stattfindenden Namensfesten die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Zahlstelle **Meschede.**

Codes-Anzeigen.

Am 26. Dezember verchied nach kurzem Leiden das Mitglied **Mathilde Schach** im Alter von 47 Jahren.

Die Mitglieder der Zahlstelle **Oblau.**

Am 11. Januar verstarb plötzlich das Mitglied **Richard Schubert** aus **Zhiemendorf.**

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder Oederan.**

Briefkasten.

Bereins-Zinrate müssen gekennet sein. — Andre Zinrate sind vorher zu bezahlen. Bei Anlieferung des Blattes ist stets die Nummer des Briefes mit anzugeben.

D. F., Halle 50 a. — A. B., Weimar 60 a. — G. M., Barnstorf 1 G. — Koll. in Reinheim 60 a. — G. P., Stettin 60 a. — H. F., Canth 60 a. — H. A., Landsberg a. W. 70 a. — Koll. in Meschede 50 a.

Neuheiten! Gesundheits-Zigarren-

und -Zigarettenpfeifen, in der Mitte der Spitze Zylinder eingefügt, sehr gel. rauchend (letzte Neuheit), 200 Stück 11 Mt. Einige sort. Muster gegen Eins. von 1 Mt. fr. Zusendung.

Ed. Greiner Sixer, Fabrikant
Reuhaus am Rennweg (Thüringen).

Solide, fleißige, verheiratete Zigarren- und Wickelmacher

wovon einer auch sortieren kann, finden lobnende, dauernde Arbeit. Offerten unter **D. P. 564** an **Rudolf Mosse, Dresden,** erbeten.

hundreds. Er konnte sich nicht kurz ausdrücken. Heute hätte er nicht wieder Journalist werden können, er hätte nicht das trockene Brot verdient. Wäre nicht sein Unfall von 1885, so befäße er Anspruch auf den Ruhmestitel,

einer der wenigen deutschen Gelehrten gewesen zu sein, die immer und überall den unerschrockenen Mut der eignen, wenn auch manchmal etwas fraußprofessoralen Meinung hatten.

Die Pflichten der bürgerlichen und die der proletarischen Mutter.

Vor einem Wiener Bezirksgericht wurde eine Verhandlung gegen ein armes, abgehärtetes Proletarierweib durchgeführt. Die Verhandlung war vom Anfang bis zum Ende ein kräftiges Gegenstück zu dem Falle Dippold in Bayreuth. Man vergleiche nur dort die reiche, jeder Beschäftigung entlohene Kommerziantin Koch, die nichts zu tun hat, als Toilette zu machen, von der Toilette zu reden, die sich abends schlafen legt und früh aufsteht, weil es so Brauch ist, und die dann mit dem öden, abgestandenen Geschwätz der nichtstuhenden Frau ihre Zeit verbringt, und die doch keine Zeit hat, ihre Kinder zu beaufsichtigen. Und als es dann geschahen war, als es sich herausgestellt, daß ihr Unbekümmertsein furchtbare Folgen gezeitigt, als es bekannt wird, daß der Mann, in dessen Hände sie das Schicksal ihrer Kinder so gleichmütig gelegt, ihr Vertrauen mißbraucht hat, als es bekannt wird, daß ein blühendes Menschenleben unter der Augen der Mutter systematisch zu Tode geprügelt wurde — da schreit die ganze kultivierte Welt vor Entsetzen auf: „Gott, die arme Mutter!“ Daß sie eigentlich mitschuldig war, daß sie mitsamt ihrem Manne eigentlich mit auf die Anklagebank gehört hätte: das schreibt niemand. Und wenn es jemand geschrien hätte: mit dem Gesetzbuch in der Hand hätte der Staatsanwalt bewiesen, daß sie unschuldig ist; denn sie hat ihre Kinder geboren. Und dann, als die Kinder den ersten Zoll vom Mutterleib entfernt waren? Dann hat sie ihr Geld gegeben, hat sich fremde Leute gekauft, wie man sich ein Reitpferd kauft, und sie selbst, sie trat wieder hinaus ins Leben, empfing wieder Besuche und wurde empfangen. Und das war sie alles ihrer Stände schuldig und so wurde sie eigentlich ein Opfer ihres Standes. Doch persönlich erscheint sie unschuldig, der Staatsanwalt beweist es. Mit dieser Argumentation an der Hand vergleiche man den Fall des andern Opfers ihres Standes. Doch persönlich erscheint sie unschuldig. Eine Tischlerfrau schiebt ihr Kind um Lauge. Sie selbst kann nicht gehen, weil sie hochschwanger, sich nicht mehr auf die Gasse wagt. Aber den Schmutz in der Wohnung kann sie nicht ansehen und nebenbei hat sie auch noch die Pflicht,

ihren Manne das Heim nicht zu verfehlen. Da fällt ihr Blick auf ihren fünfjährigen Knirps. Schick' ihn! ruft ihr eine Stimme zu. Und sie schiebt ihn, aber nicht sorglos und unbefümmert geht sie zu Werke. Sie gießt Wasser in die Flasche, damit die Lauge verdünnt und ihrer Berechnung nach unschädlich werde. Dann stopft sie die Flasche sorgsam zu, trägt dem Knirps auf, ja nirgends stehen zu bleiben. Damit ist sie aber noch lange nicht beruhigt. Sie geht zum Fenster und sieht dem Knirps nach, und keinen Moment geht ihr aus dem Kopfe: Sei auf der Hut! Und als der Böse dann sein Spiel treibt, der Knirps den Stöpsel löst und ein anderer Knirps trinkt und sich dank der Fürsorge des braven Weibes nur leicht verletzt, ist sie angeklagt und wird verurteilt. Zu einer lächerlich geringen Strafe zwar verurteilt, aber das war eben nur Zufall. Denn hätte es der Zufall gewollt, daß zum Beispiel Herr v. Feyer der Richter gewesen wäre, und wäre es diesem eingefallen, daß ein schwangeres Weib, das an Kinder nicht aufpasse, eine härtere Strafe verdiene als ein andres, und er hätte sie zu einer empfindlichen Strafe verurteilt, es wäre kaum dagegen etwas zu machen gewesen. Mit dem Gesetzbuch in der Hand hätte der Richter bewiesen, daß diese Mutter so bestraft werden mußte, ebenso treffend bewiesen, wie es im andern Falle der Staatsanwalt mit dem Gesetzbuch in der Hand bewiesen hat, daß die bürgerliche Mutter nicht angeklagt werden konnte.

Aber, ob verurteilt oder freigesprochen, das ist alles Nebensache. Hauptsache ist, daß die bürgerliche Mutter in dem krassen Falle gar nicht angeklagt werden konnte und die proletarische Mutter in dem „gelinden Falle“ gar nicht angeklagt werden konnte!

Und diese Auffassung rundet die Pflichten der bürgerlichen und der proletarischen Mutter gar drastisch ab. Die bürgerliche Mutter hat eigentlich nichts andres mehr zu tun, als die Kinder zu gebären, und nur die proletarische Mutter hat ihren Kindern noch ihr ganzes Ich zu opfern! Wehe ihr, wenn sie es nicht tut!

Al ine Notizen.

Der Bischof und der Bettelbube.

Einst ging ein Bischof durch die Stadt,
Ein Bettelbube zu ihm trat,
Bog vor ihm ab gar tief den Hut
Und sagte: „Herr, sei'n Sie so gut,
Bis um den Hals steck' ich in Schulden
Dum schenken Sie mir einen Gulden
Zu diesem lieben neuen Jahr
Das war' ein christlich Werk fürwahr!“
„Was?“ schrie der Bischof eifervoll,
„Ich glaube, Junge, du bist toll,
Ein Gulden bei so schlechter Zeit
Ist wahrlich keine Kleinigkeit.“
„Nun, Herr,“ fiel ihm der Bettler ein,
So mögen's denn acht Groschen sein.“
„Nichts, nichts,“ versetzt der Bischof drauf,
„Geh' fort und halte mich nicht auf.“
„Ihr Gnaden, e i n e n Groschen dann,“
„Fort, fort, auch den nicht.“ — „Nun, wohlhan,
Sie seh'n wie ich mich handeln lasse,
Ein Hellerchen!“ — „Geh' deine Straße,
Nichts, gar nichts.“ — „Das ist etwas arg,
Sprach drauf der Bube, „Sie sind farg;
Doch lassen Sie sich denn bewegen
Und geben mir nur Ihren Segen.“
„Den sollst du haben, lieber Sohn,“
Erwiderte mit süßem Ton
Der Bischof. „Nie bin vor mir,
Den besten Segen geb' ich dir.“
„So?“ sprach der Bursche ganz verwegen,

„Behalten Sie nur Ihren Segen,
Ich hab' ihn zu geschwind begehrt,
Wär' er nur einen Heller wert,
Sie gäben ihn, hochwürdig'ger Herr,
Wohl nicht so gutwillig her.“

Wer selbstbewußt in eigener Achtung steht,
Wer mild und warm durchs kalte Leben geht,
Wer mehr zu tun hat und zu schaffen,
Als auf des Nächsten Schritt und Tritt zu gaffen,
Wer edel denkt, nur der allein
Wird aus den bessern Ständen sein.

Schnupftabak in der Medizin. Das Tabakschnupfen soll wieder zu Ehren gelangen, und zwar als Heilmittel gegen den sogenannten Eisenbahnkatarrh. Es ist bekannt, daß sich nach einer länger währenden Eisenbahnfahrt durch Einatmen von Rauch und Kohlenstaub, sowie durch die Hitze oft ein lästiger Katarrh der Nase und des Halses einstellt. Dieselbe Erscheinung ruft auch eine Fußwanderung auf staubigen Straßen hervor. Gegen diesen Katarrh war man bis heute ganz und gar hilflos. Nunmehr meldet ein medizinisches Blatt, daß Schnupftabak, der während der Reise oder Wanderung öfter gebraucht wird, die Entstehung eines jeden derartigen Katarrhs verhindert. Die Empfindlichkeit der Gewebe werde durch den Schnupftabak herabgesetzt und das lästige Austrocknen der Nasen- und Rachen-schleimhaut hört ganz auf. Die Touristen auf der Straße, die Gängerinnen auf Reisen mögen also nicht vergessen, sich mit Schnupftabak zu versorgen. Die stärksten Sorten, so meint das medizinische Blatt, sind die besten.

Verantwortl. Redakteur: F. Geper in Leipzig. Notationsdruck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Ein Bauernaufstand im Jahre 1790.

Die Geschichte des deutschen Bauern ist mit Blut geschrieben. Im Mittelalter waren beim Mangel eines Lohnarbeiter-Proletariats die Bauern die Gesundenen, und Zimmermann hat in seiner 1862 erschienenen dreibändigen Geschichte des deutschen Bauernkriegs, welche später Genosse Bloss überarbeitet und für unsere modernen Ansprüche verständlicher gemacht hat, so ziemlich alles altmodische Material über die mittelalterlichen Bauernaufstände zusammengetragen, so daß hier nur darauf zu verweisen ist. Die Hunderte von Klöstern, Schlössern, Städten und Dörfern, welche in jenen Bauernaufständen zerstört worden sind, haben die Intensität des Hasses bewiesen, mit dem die durch Leibeigenschaft und schwere Fronen, Zinsen und Lieferungen belasteten Bauern die großen Feudalherren, weltliche sowohl wie geistliche, verfolgt, und an denen sie Vergeltung geübt haben. Die Folgen der Bauernkriege waren bekanntlich, daß die ehemaligen Gemeindefürstentümer in „Herrenland“ verwandelt, die letzten Bauernrechte zertreten, und sie selbst in Leibeigene verwandelt wurden. Das „Bauernlegen“, d. h. die direkte Verjagung der Bauern von ihrem Eigentum oder ihre Herabdrückung zu sogenannten Rothhassen, d. h. zu Besitzern einer Hütte mit Gartenland, ragt bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts herein. Die Zeiten des 30jährigen Krieges brachten für die Klasse der Bauern natürlich keine Besserung, sondern Verschlechterung ihrer Klassenlage. Die allgemeine Leibeigenschaft bei gleichzeitiger Stärkung der Fürstengewalt und der Macht des Feudaladels trat als Folgeerscheinung zutage, und Stod und Peitsche regierten für diese Klasse bis zur französischen Revolution von 1789, deren Rückschläge auf Deutschland sich oft in den Jahren 1830 und 1848 bemerkbar machten. Was sich im letzteren Jahre für Deutschland ereignet hat, die bürgerliche Revolution, die zugleich die Befreiung der Bauernklasse brachte, vollzog sich in Oesterreich und Galizien im gleich n Jahre 1848, wo ebenfalls das Band der Gutsuntertänigkeit gebrochen wurde.

In Deutschland hat es indessen an vereinzelt Bauernaufständen in der Zeit zwischen dem 30jährigen Krieg (1648) und den Revolutionen des 19. Jahrhunderts gleichfalls nicht gefehlt, und die kurfürstlichen Bauernunruhen von 1790 zeigen klarlich, daß die schweren Fronen, Lieferungen, Zinsen und drückenden Weidesevitäten, ebenso die Steuern und die Heeresrekrutierung die Bauern zur Verzweiflung brachten. Dieser Bauernaufstand blieb allerdings nur auf einzelne Landesteile beschränkt. Weder die sächsischen Lausitzen, wo noch die Leibeigenschaft unter dem Namen der Erbuntertänigkeit bestand, noch das eigentliche Erzgebirge und Vogtland wurden davon berührt. Die Unruhen erstreckten sich bloß auf die Gegend von Meißen, Rössen, Lommachsch, Penig und Wechselburg. Für die Bauern dieser Gegenden, welche noch besonders durch den geringen Ausfall der Ernte 1789 und völligen Wassermangel außer sich gebracht waren, handelte es sich um Verweigerung der gutsherrlichen Abgaben, nicht nur die des Staates, die kurfürstlichen Accisen und direkten Steuern (Pfennige und sogen. Quatember) erklärten sie gern zahlen zu wollen. Bei dem in Rede stehenden Bauernaufstand kam eine Anzahl sächsischer Feudalaristokraten in Betracht, nämlich die Rittergüter zweier sächsischer Minister, Graf Loh und Baron Ende, ferner die Rittergüter des Grafen Einsiedel, des Oberst von Weichenbach, des Barons Taube, des Kammerherrn von Bihmen, des Rittmeisters von Bomsdorf, eines von Blöck und des Prinzen Kaver. Letzterer besaß die Herrschaft Zabelitz an der Elbe bei Meißen. Die Bauern behaupteten, daß dem Adel die Ab-

geben seinerzeit mittels eines Privilegs auf 300 Jahre erteilt worden seien; diese Zeit sei jedoch schon seit 60 Jahren abgelaufen, und sie hätten eine Weiterzahlung nicht mehr nötig. Daraufhin ließ der Kurfürst August der Gerechte, der, wie alle seine Vorgänger, die Feudal Junker auf jede Weise begünstigte, sofort eine Kommission zur Unterdrückung der Unruhen unter dem Vizekanzler Adolf von Burgsdorf zusammentreten.

Doch die Dorfschaften hielten eng zusammen. Wie der sächsische Chronist Bülow mitteilt, standen dieselben in lebhaftem Briefwechsel und hatten eine geregelte Organisation und Disziplin eingeführt. Gewöhnlichen Diebstahl duldeten sie nicht, machten sich aber kein Bedenken, die Gutsherren zum schriftlichen Erlaß der Fronen, sowie ihre eignen Standesgenossen zur Teilnahme an der Ungefeßlichkeit zu zwingen.

Als es zu einer Mißhandlung des Schatzamtmanns in Pinnewitz, also eines kurfürstlichen Beamten gekommen war, griff die Staatsgewalt ein, und nachdem die Bauern in Peshritz einen kleinen Militärposten entworfen hatten, erhielt der Generalmajor Adolf von Boblick ein aus acht Reiterregimenten, fünf Bataillonen Fußvolk und 200 Grenadiere bestehendes Truppenkorps zur Verfügung. Vom Hauptquartier Meißen, später Lommachsch, gingen nun die Militärabteilungen in die Gegenden von Freiberg, Torgau und Leipzig gegen die Bauern vor. In der Freiburger Gegend waren infolge Wassermangels auch die Bergleute auffällig geworden. Am 26. August wurde ein scharfes Tumultgesetz (Mandat) erlassen, doch schon am 12. September konnten die Bauernaufstände für beendet gelten. Die Bauern kämpften allerdings von vornherein nicht ernstlich. Nur bei Pinnewitz ist es zu einem eigentlichen Widerstande derselben gekommen. Die Soldaten trieben die Aufständischen mit Säbelhieben auseinander. Bei Burgstädt fand der heftigste Kampf statt. Ueber 1200 Bauern und Bürger empfingen die Soldaten mit Knütteln und Steinen. Dreißig Kürassiere genügten jedoch, um sie mit Säbeln und Pistolschüssen in die Flucht zu jagen. Insgesamt waren 200 Personen verhaftet worden, von denen 34 auf die Festung Königstein kamen. Dort saßen sie kaum ein Jahr lang, bis zum letzten Oktober 1791 hatte man sie wieder in Freiheit gesetzt.

Ob es sich bei dem so schnell unterdrückten Aufstande der sächsischen Bauern jener Gegenden um einen geordneten Plan oder um einen regellosen Widerstand gehandelt hat, ist nie offenbar geworden. Die Ordnung und Verbindung der Ortsschaften spricht für einen Plan, doch scheint ein anderer Vorgang damit nicht in Verbindung gestanden zu haben. Im Sommer 1790 erschien nämlich ein von unbekannter Hand verfaßtes Forderungsprogramm, das sich freilich zugleich an die Regierung wandte. Dieses Promemoria enthielt unter anderem eine Aufforderung an das damals gräflich Wismarsche Wafallenstädtchen Lauenstein, sich auf eine Revolution gefaßt zu machen und an die 16—18000 Mann anzuschließen, die mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele über Dresden nach Paris ziehen und den Kurfürsten in ihre Mitte nehmen würden, um ihn im Triumph in Dresden einzuführen. Der Vorgang erinnert, wie auch Bülow bemerkt, sehr an eine Nachahmung des Ruges Ludwig XVI. von Versailles nach Paris. Dem Kurfürsten sollten folgende Punkte vorgelegt werden: 1. Absetzung aller, welche Sachsen bisher „unglücklich“ gemacht hätten, und nach Befinden Konfiskation ihrer Güter; 2. Errichtung einer Nationalgarde zu Fuß und zu Pferde; 3. Veränderung des Acciswesens; 4. Beschränkung der Rittergutsbesitzer, „damit sie Sachsen nicht zu einer Wüste und Einöde der Gerechtigkeit machen“; 5. Aufhebung des

Wildhegens; 6. Abschaffung aller Turis Proctici, die nicht wirkliche Gerichtsbestallungen hätten (Ein Angriff auf die adelige Gerichtsbarkeit, unter deren „Gerechtigkeit“ und Urteilen die Bauern hart litten); 7. Verfassungsregeln für das geistliche Ministerium; 8. Erinnerungen wegen der Fleisch- und Trankesteuer.

In Hinblick auf die letztere mag daran erinnert werden, daß Dorf und Stadt gegen diese Nahrungsabgaben schon einen hundertjährigen Kampf führten. Kurfürst August der Starke hatte die sogenannte General-Konsumtions-Accise schon zu Anfang des 18. Jahrhunderts eingeführt. Er erwartete von dieser indirekten Steuer, wie es in einer Zuschrift an den sächsischen Landtag vom Jahre 1699 heißt, eine Ermäßigung der direkten Steuern. Uebrigens bestand die Trankesteuer (Wiersteuer) schon seit 1681 auch in Preußen. Eine Landsteuer auf Vieh und Getreide gab es in Sachsen schon unter dem Vorgänger Augusts, Johann Georg IV.

In dem erwähnten Promemoria war noch ausgeführt, daß sich jeder auf einige Tage mit Proviant versehen solle. Welcher Ort sich nicht anschließen sollte, solle geplündert werden. Sammelplätze für die Revolutionäre seien die Orte Dohna und Liebstadt. Bald wurde der Ueberbringer der Denkschrift in einem gewissen Geißler aus Liebstadt in Pirna verhaftet und nach Dresden gebracht. Da sich herausstellte, daß Geißler von einer fixen Idee befallen war, so wurde er im Jahre 1809 wieder aus der Festung Torgau, wohin man ihn gebracht hatte, entlassen. Es ist nicht unmöglich, daß Geißler unter dem Eindruck der im Jahre zuvor in Frankreich ausgebrochenen Revolution gehandelt hat.

Jedenfalls hatten die Bauern die wichtigsten Gründe, sich über den Druck der Regierung wie des Feudalbesizers zu beschweren und die seit Hunderten von Jahren bestehenden Privilegien und Steuerfreiheiten des Adels hätten, wie auch in Frankreich zu einer großen, gewaltigen Revolution führen müssen, wenn nicht die durch den dreißigjährigen Krieg, den siebenjährigen Krieg und andere wichtige soziale und politische Umstände zerrissenen deutschen Landen eine solche zurzeit unmöglich hätten erscheinen lassen. Gerade die Geschichte des verschwenderischen sächsischen Hofes, die Unmasse der Steuer- und Zollplackereien, der Hochmut von Adel und Geistlichkeit standen dem in Frankreich um dieselbe Zeit bestehenden in nichts nach. Selbst die Klagen sächsischer Bauern über den durch den Adel und die Churfürstlichen verursachten W i l d s c h a d e n

ähneln denen der französischen Bauern vor 1789 ganz und gar. Als sich im Amte Hohenstein um diese Zeit 14 Dorfschaften vereinigten, um an einem bestimmten Tage das Wild von ihren Fluren zu verjagen, kam es zu Zusammenstößen mit Forstbeamten. Der sogenannte „gerechte“ August pardonierte allerdings die Anstifter und Teilnehmer an jener Selbsthilfe und ließ in veranstalteten großen Treibjagden das massenhafte Wild niederstießen. Der Kurfürst war selbst ein passionierter Freund des Wildwerks, aber Behse sagt ihm in seiner Geschichte Sachsens nach, daß er den armen Landleuten ihren Schaden an der Feldfrucht immer redlich bezahlte. Wie dieser Monarch aber über Menschenleben dachte, bezeugt eine von Behse mitgeteilte Anekdote. Bei seinen Jagden mußte einer der Bauern beim Treiben der wilden Schweine, damit der Kurfürst sie bequem nicksen könne, sie halten. Dabei kam es einmal vor, daß ein Bauer von einem Wildschwein überannt wurde. Der Kurfürst dachte jedoch nicht an die Gefahr des Menschen, sondern nur an sein Wildschwein und so rief er dem Mann zu: „Drück' er mir das Schwein nicht!“

Die von den Bauern der damaligen Zeit geforderte Aufhebung der Erbuntertänigkeit und Ablösung der Fronen, Zinsen und sonstigen Verpflichtungen ist erst 50 Jahre später in Erfüllung gegangen. Die Ablösung der Feudallasten ist erst im Jahre 1850 erfolgt. Bis dahin konnte man daselbst noch den Teilschilling, eine Besitzwechselabgabe an den Gutsherrn (Raudemium), den Quittierkreuzer, ebenfalls eine Besitzwechselabgabe an den Guts- und Gerichtsherrn, das Konfirmations- und Siegelgeld, das Günst- oder Sönnegeld, bei Bestellung von Pfandrechten u. a. m. Ebenso die Pfar- und Stuhllehen, das waren Abgaben in Naturalien, die in Geld ablösbar waren. Nicht nur die katholische, auch die evangelische Kirche hatte einen guten Maagen und wußte die Schächten zu scheren.

Heute sind Bauerninsurrektionen unmöglich geworden, dafür schröpfen die Rittergutsbesitzer und Feudalherren die Gesamtbevölkerung einschließlich der inzwischen erstandenen Industrie proletarier durch Brot- und Fleischwuchereretze und schädigen die Gesamtbevölkerung durch dessen Ausschluß aus den Volksvertretungen durch das Dreiklassenwahlrecht. Sollten die Bauern noch einmal erwachen, dann werden sie sich nicht in blutigen Empörungen und Aufständen erschöpfen, dann werden sie es auf den Wegen tun, die der Sozialismus wandelt. **Chrysolith.**

Albert Schäßle.

Unter dem Sozialistengesetze, als unsre eigne Literatur versenkt und ihre Verbreitung eine Ursache der brutalsten preußisch-deutschen Verfolgungen für alle dabei betroffenen Genossen war, kamen — so beginnt anläßlich des Todes Schäßles die Frankfurter Volksstimme einen Aufsatz, den wir gern zum Abdruck bringen — ein paar findige Köpfe unter uns auf das Schristchen eines bürgerlichen Verfassers, das sich ausgezeichnet zur Agitation eignete und doch nicht gut verboten werden konnte. Es betitelt sich: Die Quintessenz des Sozialismus und war schon zu den Reichstagswahlen von 1874 erschienen, anfänglich aber weniger beachtet worden. Die leidenschaftlichen Erörterungen der sozialdemokratischen Ziele, die 1877 einsetzten, als Bismarck bereits die ersten Anläufe zu einem Ausnahmegeetze machte, verschafften ihm weitere Verbreitung. Die intensivste kam aber dann nach Erlaß des Schandgesetzes. Bis 1879 erschien bereits die siebente Auflage, und daneben kurfürsterten ungezählte Nachdrucke, unter andern ein zu Chicago in einer deutschen Druckerei hergestellter, in den Händen unsrer Genossen. Schließlich verbot allerdings eine findige Behörde auch die kleine, staatsgefährliche bürgerliche Schrift. Es nützte nichts, daß in der Vorrede von 1877 ausdrücklich vom Verfasser betont ward, „an der gründlichen Verbesserung der volkswirtschaftlichen Organisation“ seien „die besitzenden und gebildeten Klassen mindestens ebenso sehr interessiert, als die Proletarier“.

Jedoch wurde das Verbot nach kurzer Zeit wieder aufgehoben und die Propaganda mit der Schrift konnte doppelt eifrig einsetzen. Sie hat zum Wachstum unsrer Partei wesentlich beigetragen. Und die ganze Geschichte ist nebenbei eine hübsche Illustration zu dem alten Sage von Cavour, daß es schon deshalb meist staatsmännische Gesel sind, die mit dem Ausnahmezustand regieren, weil bei dem Stande der modernen Wissenschaft und Technik sich immer geistige und mechanische Mittel finden, mit denen dem Polizeiverbot in Form allen Rechts ein Schnippchen geschlagen werden kann. Der Verfasser der Quintessenz des Sozialismus aber war Albert Schäßle, der österreichische Gymnast. Und da er am 2. Weihnachtsfeiertag in Stuttgart, 72jährig, an einem Nierenleiden gestorben ist, so rechtfertigt es schon die sozialistische Dankbarkeit, daß wir ihm ein eignes Erinnerungsblatt aufs frische Grab legen.

Schäßle, ein geborener Schwabe, hatte zuerst in den 40er Sturmjahren und danach Theologie studiert. Die große Volksbewegung, deren kulturelle Wirkungen selbst in den besten bisherigen Darstellungen noch nicht entfernt erschöpfend geschildert sind, hatte eine große Wendung auch in seinem Leben zur Folge und war offenbar die Mutter alles Guten, was der Mann überhaupt geleistet hat. Sie riß ihn aus der Gottesgelahrtheit erst zum Journalismus, dem er 10 Jahre frondete, und dann zu volkswirtschaft-

lichen Studien, die ihn auf einen Lehrstuhl in Tübingen führten und Zeit zu politischer Betätigung im Landtage, sowie im Zollparlamente ließen. 1868 rief man ihn an die Hochschule nach Wien, und 1871 wurde er dort Handelsminister im Ministerium Hohenwart. Dieser Politiker war mit Fischhoff u. a. einer der wenigen, der begriffen hatte, was heute das Verfassungsprogramm unsrer österreichischen Bruderpartei ausmacht: daß die Völker im österreichischen Staatenbunde geuehlich nur mit- und nebeneinander leben und wirken können, wenn sie ihre Selbständigkeit achten. Sein Programm war deshalb der österreichische Föderalismus, der Staatenbund mit weitgehender Autonomie für jedes Glied dieses Bundes. Schäßle, in dem auch hier gute Ueberlieferungen des Sturmjahres nachwirkten, war für Oesterreich wie für Deutschland mit ganzer Seele Vertreter jener Reichsverfassung. Ihm und Hohenwart fehlte nur zweierlei: die Demokratie, und wenn sie diese besessen hätten, die große Partei, mit der sich demokratisch regieren ließ. Erst in der österreichischen Sozialdemokratie konnte die lebensfähige Verbindung von Demokratie und Föderalismus entstehen. Und so endigten die Tage der beiden Sommerminister des Jahres 1871 sehr bald an der Unmöglichkeit, mit dem bornierten Deutsch-„Liberalismus“ und dem ungarischen Chauvinismus fertig zu werden. Schäßle kehrte in die Hauptstadt seines schwäbischen Heimatlands zurück und wurde ausschließlich Gelehrter, der Zeitschriften und Bücher herausgab.

Die Entwicklung des Schäßleschen Verhältnisses zum Sozialismus kann verglichen werden mit einer Raketenkurve, die eine aufsteigende Linie, einen Höhepunkt mit Glanzeffekt und eine absteigende Linie hat. Schon 1870 schrieb Schäßle sein dickes Buch über Sozialismus und Kapitalismus. Da war er noch unser Gegner, aber ein wohlwollender. 1874 kam die eingangs erwähnte kleine Schrift: Die Quintessenz des Sozialismus. Hier war aus dem Gegner ein wohlwollender Freund geworden, wenn ihm auch noch einzelne schwere Fehler unterlaufen. Die Quintessenz erlebte Uebersetzungen ins Französische, Italienische und Spanische. Von 1875 bis 1878 folgten die vier Teile seines Hauptwerkes: Bau und Leben des sozialen Körpers. Der dritte Teil ist direkt sozialistisch. Zwischen Eigentum an Verbrauchs- und Produktionsmitteln unterscheidend, läßt er das erstere als privates bestehen, während das zweite in gesellschaftliches verwandelt werden soll. Außerdem fordert er die Regelung der Gütererzeugung durch berufliche und örtliche Genossenschaften unter selbstgewählten Direktoren. Alle Bezahlung soll in Arbeitsgeldscheinen stattfinden, die Anweisungen auf einen Teil der Gesamtgütererzeugung sind und mit denen er den Spuren von Rodbertus folgt. Damit soll aber keineswegs gleiches Einkommen für alle eingeführt werden. Schäßle hält vielmehr die Ungleichheit des Einkommens je nach der persönlichen Tüchtigkeit, freie Berufswahl, Freiheit des Verbrauchs und Erhaltung der Ehe für leichte Möglichkeiten auch in einem sozialistischen Staate und steht damit turnhoch über der philiströsischen Beschränktheit der Eugen Richter und Konsorten. Die Leitung der Gütererzeugung soll von der Staatsgewalt losgelöst sein. Die beruflichen Körperschaften, denen sie obliegen sollen, sind untereinander verbündete, vom Staate unabhängige Selbstverwaltungsstellen. Die Preisbildung soll durch sachverständige Tagen bewirkt werden, welche Kosten und Verbrauchswert in Betracht ziehen; durch ihre Erhöhung oder Herabsetzung würden Gütererzeugung und Bedarf geregelt.

Daß Schäßle von diesem von ihm selbst beinahe mit Begeisterung behaupteten Höhepunkte seines Denkens mit der 1885 in der Form von Briefen an einen österreichischen Staatsmann geschriebenen „Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ so tief und so gründlich herunterglitt, hat er selbst so erklärt, wie so mancher Abtrünnige vor und nach ihm. Im ersten Briefe schreibt er: „Im Jahre 1878 kam

meine Quintessenz zwei Tage lang auf den Index des Ausnahmengesetzes; hätte ich sofort meine Absicht (?) ausgeführt und wäre gegen die Sozialdemokratie ins Zeug gegangen, so hätte es geheißen: Klein beigegeben! Das konnte ich nicht wollen. Nicht bloß hätte ich dem Herrn v. Quadt an der königl. Regierung in Oepeln, der mich vor der gebildeten Welt proffribierte, einen unbedienten Erfolg verschafft . . . vielmehr verschärft ich in dem eben damals unter der Presse befindlichen dritten Bande meines Werkes Bau und Leben die Polemik gegen die landläufigen Beschwichtigungsplaster . . . des Liberalismus . . . Jetzt allerdings ist die Lage eine andre geworden . . . die Sozialdemokratie hat auf der Tribüne wieder eine Stellung . . . der Zweck der Quintessenz ist erfüllt; die Welt weiß jetzt auch aus vielen andern Quellen, was der Sozialismus besagt und bedeutet. Die Welt weiß dagegen noch lange nicht genug, wie der Sozialismus, kritisch und praktisch, zu bekämpfen ist.“ Und als Sozialistenbekämpfer ziehe er, Schäßle, deshalb jetzt erst aus. Also einer von den vielen! Man hat ihm vorgeworfen, er habe sich durch die Umkehr für einen hohen Posten in Oesterreich wieder möglich machen wollen. Gewiß: wer kann das Register menschlicher Schwächen jemals erschöpfen? Ein Beweis für diese Deutung ist jedoch noch nicht geliefert. Wohl aber war es mit dem ersten wissenschaftlichen Aufschwung Schäßles nach jener Schrift von 1885 aus. Die Einleitungssätze, die wir oben zitierten, stehen nämlich mit dem Grundsatz wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit auf bedenklichem Kriegsfuße. So sehr die politische Rücksichtnahme auf die Fesselung und Wehrlosigkeit der Sozialdemokratie Schäßle ehrte, so unrichtig gibt er den Inhalt seiner beiden sozialistischen Schriften an, um den Uebergang zur „Widerlegung“ des Sozialismus zu finden. Und eine solche Spekulation auf die Leichtgläubigkeit und Kritiklosigkeit dankbarer bürgerlicher Gönner ist und bleibt unschön und vernichtend für den wissenschaftlichen Ruf ihres Urhebers, selbst wenn ihr eine anständige politische Vergangenheit mildernd zur Seite steht.

Ueberdies folgte die Nemesis der Tat auf dem Fuße. In einem leider in unseren Reihen neuestens wenig mehr verbreiteten Schristchen, in dem die Klinge glänzend geführt wird, trumpfte Hermann Vahr zur Antwort auf die „Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ die „Einsichtslosigkeit des Herrn Schäßle“ trefflich ab. Vahr hat sich seitdem der feuilletonistischen und theatralischen Geistreichelei zugewendet und seinen einst so „Maren“ Kopf mit der schwarzen Theaterperücke des modernen Bonvivants bedeckt. Seine sozialistische Erstlingschrift gegen Schäßle von 1885/86 wird aber immer einer seiner Ruhmestitel bleiben. Man muß sie lesen, um ihren Reiz zu würdigen. Namentlich im zweiten Vahrchen Briefe werden dem Exminister Schäßle die blamabelsten Handgriffe grazios nachgewiesen; seine direkte Ablehnung desjenigen, zu dem er sich früher freiwillig und mit Emphase bekannte, wird ihm so lustig um die Ohren geschlagen, daß die gelehrte Literatur sich nicht anders zu helfen wußte, als der schlechteste Regierungskommissar unter dem Sozialistengesetz. Für die offizielle „soziale Forschung“ hat man Vahr's Schristchen dadurch verboten, daß man es konsequent totschwiegen und jetzt bei Schäßles Tod wahrscheinlich nochmals totschwiegen wird. Grund genug für uns, einmal wieder nach ihm zurückzugreifen. Im Schlußkapitel ist der Grundzug, der seitdem Schäßles Werke, seine Berufsgenossenschaftsstudien und seine Wohnungsreformpläne beherrscht, richtig vorgezeichnet: die Kleinbürgerliche Beschränktheit, „die nichts so sehr fürchtet, als den Durchbruch eines Prinzips“. Voriges Jahr hat sich der nun Entschlafene ein Klein wenig rehabilitiert durch eine längere kampffrohe Schrift gegen den Wuchertarif.

Schäßle war einer der schreibfrohesten Menschen aus der mit umständlicher, gewichtiger Diktion daherschreitenden Schriftstellerperiode der Mitte des vorigen Jahr-